



LEBENDIGE STADT

JOURNAL

#37 | DEZEMBER 2018



< 16 Titelthema



< 24 Digitaler Sportverein



< 34 Singapur

Grünen-Chef Robert Habeck im Interview

< 6

Potsdamer Kongress: Ideen für klimafreundliche Städte

< 20

Stiftungspreis: Dortmund & Wien sind digitale Spitze

< 26

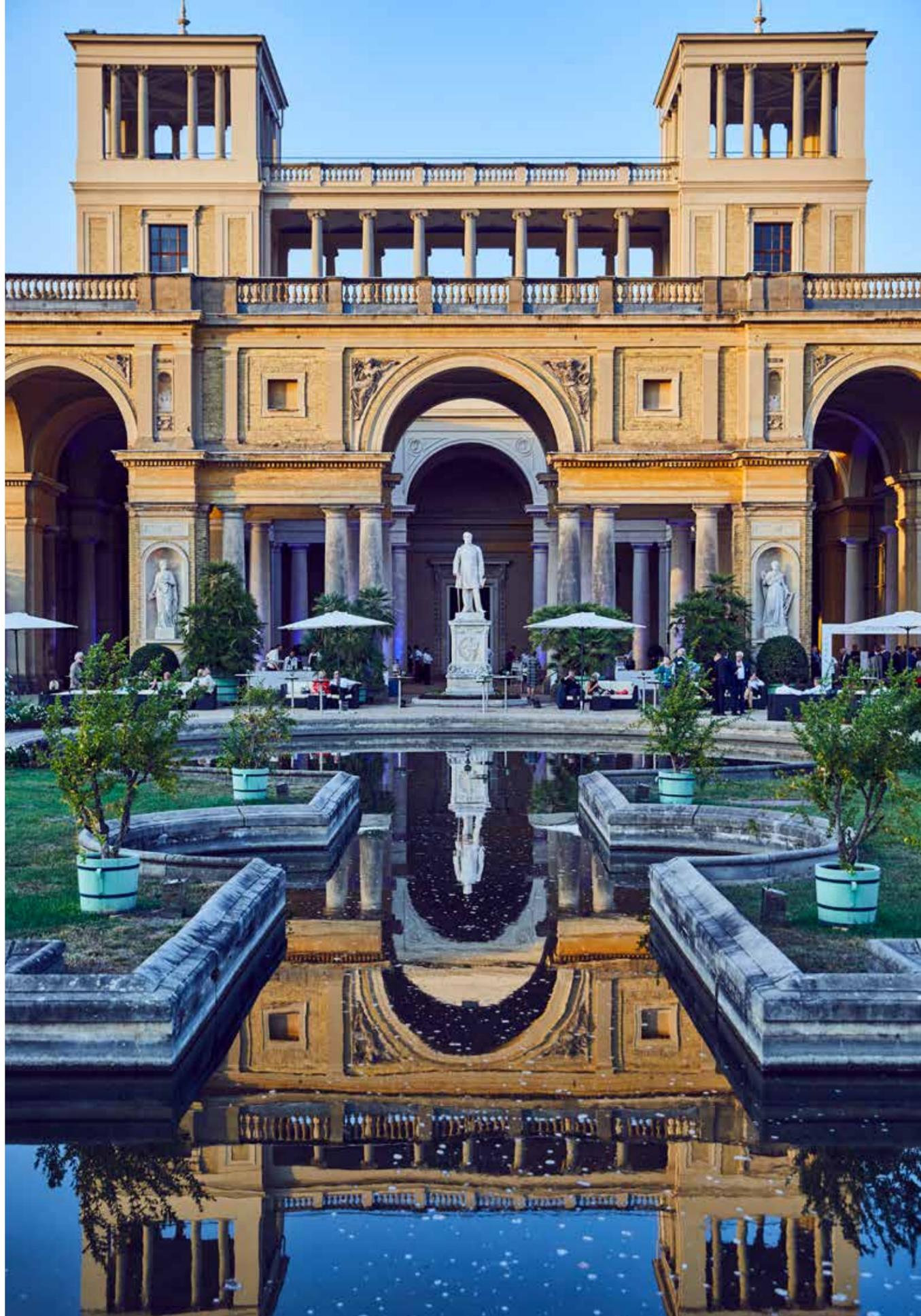
Sport bewegt Vielfalt: Erfolge in Rathenow und Stuttgart

< 28

Bochum 2019: Ein Forum rund ums Wohnen

< 38

Fürth: Die sicherste Großstadt in Bayern



Fotos: Anna-Lena Ehlers



Stiftungskongress in der Biosphäre in Potsdam: Alexander Otto, Gründer und Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, auf dem Weg zum Tagungsort.

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Meine politische Generation wird daran gemessen werden, ob wir die Erderwärmung in den Griff bekommen.“ Grünen-Chef Dr. Robert Habeck warnt im Interview mit dem Journal „Lebendige Stadt“ (Seite 16) vor einer weiteren Zuspitzung der Klimakrise und fordert mehr Frischluftschneisen und Grünflächen in den Städten.

Wichtige Impulse lieferte Habeck auch auf dem 18. internationalen Kongress der Stiftung „Lebendige Stadt“. Gesucht wurden Ideen und Konzepte für die klimafreundliche Stadt. Schauplatz der Konferenz war in diesem Jahr die „Biosphäre“ in Potsdam. Welche Anregungen die

rund 400 Kongressbesucher mit nach Hause nehmen konnten, lesen Sie ab Seite 6.

Vorbildliche Digitalisierungs-Strategien – darum ging es beim diesjährigen Stiftungspreis-Wettbewerb zum Thema „Die digitalste Stadt“. Dem Aufruf der Stiftung „Lebendige Stadt“ waren insgesamt 29 Bewerber aus vier Ländern gefolgt. Wer bei der Preisverleihung im Orangerieschloss in Potsdam jubeln konnte, erfahren Sie ab Seite 20.

Auch im Sport wird aktuell viel über die Chancen der Digitalisierung gesprochen. Aber wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen hakt es bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen. Oft fehlt es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern gerade auch an personellen Ressourcen und Know-how. Die Alexander-Otto-Sportstiftung hat sich dieser Thematik angenommen und ein umfassendes Digitalisierungsprojekt initiiert (Seite 24).

Im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Sport bewegt Vielfalt – Stadtentwicklung gemeinsam aktiv gestalten“ haben die Stiftung „Lebendige Stadt“

und der Deutsche Olympische Sportbund beispielhafte Konzepte für eine vielfältige Sportkommune gesucht. Aus über 90 Bewerbungen wählte eine Fachjury Rathenow und Stuttgart als Pilotkommunen aus. Wie beide Städte ihre Ideen umgesetzt haben, erfahren Sie auf Seite 26.

Sicherheit in der Stadt – mit einer Forsa-Umfrage und einem Runden Tisch in Dresden hat die Stiftung „Lebendige Stadt“ dieses hochaktuelle Thema im vorigen Jahr zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. In diesem Journal berichtet Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, warum seine Stadt seit 14 Jahren in Folge die sicherste Großstadt in Bayern ist (Seite 38).

In unserer Serie „Was macht eigentlich ...?“ schauen wir immer wieder nach, wie sich Förderprojekte der Stiftung „Lebendige Stadt“ weiterentwickeln. In dieser Journalausgabe geht unser Blick nach Hiddenhausen. Sinkende Einwohnerzahlen und wachsende Leerstände – um dagegen etwas zu tun, erfand die Gemeinde das Programm „Jung kauft Alt“ und gewann damit 2011 den Stiftungspreis der „Lebendigen Stadt“. Wie es

heute in Hiddenhausen aussieht und ob sich das Programm bewährt hat, lesen Sie auf Seite 30.

Außerdem nehmen wir Sie in diesem Journal mit nach Singapur, wo sich internationale Stararchitekten ein Stelldichein geben und zeigen, wie viel Klimaschutz beim Bauen in tropischen Regionen möglich ist (Seite 34). Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange erläutert, mit welchen Konzepten und Ideen sich ihre Kommune als klimafreundliche Stadt im Norden positionieren möchte (Seite 32). Und schließlich stellen wir Ihnen Norman Fosters „SkyCycling“-Vision vor – ein städtischer Fahrrad-Highway auf Stelzen (Seite 19).

Und jetzt wünschen wir Ihnen viel Freude mit dieser neuen Ausgabe des Journals „Lebendige Stadt“.

Die Stiftung „Lebendige Stadt“

Stiftungsrat

Vorsitzender:
 Dr. Hanspeter Georgi,
 Minister für Wirtschaft
 und Arbeit a.D. Saarland
Weitere Mitglieder:
 Dr. Gregor Bonin,
 Beigeordneter Mönchengladbach
 Barbara Bosch,
 Oberbürgermeisterin Reutlingen
 Volker Breid,
 Geschäftsführer F.A.Z. GmbH
 Kirsten Bruhn,
 ehem. Leistungsschwimmerin
 Rolf Buch,
 Vorstandsvorsitzender Vonovia
 Olaf Cunitz,
 Bürgermeister a.D. Frankfurt a.M.
 Garrelt Duin,
 Chief Human Resources Officer
 ThyssenKrupp Industrial Solutions
 Arved Fuchs,
 Polarforscher
 Thomas Geisel,
 Oberbürgermeister Düsseldorf
 Dr. Monika Griefahn,
 Direktorin Umwelt und
 Gesellschaft AIDA Cruises
 Dr. Herlind Gundelach,
 Senatorin für Wissenschaft
 und Forschung a.D. Hamburg
 Hendrik Hering, MdL,
 Landtagspräsident Rheinland-Pfalz
 Joachim Herrmann, MdL,
 Bayerischer Staatsminister des Innern,
 für Sport und Integration
 Dr. Daniel Holz,
 Managing Director
 SAP Deutschland
 Dr. Eckart John von Freyend,
 Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates
 Hamborner REIT AG
 Burkhard Jung,
 Oberbürgermeister Leipzig
 Prof. Dr. Harald Kächele,
 Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe
 Dr. Ulf Kämpfer,
 Oberbürgermeister Kiel
 Matthias Kohlbecker,
 Kohlbecker Architekten & Ingenieure
 Prof. Dr. Rainer P. Lademann,
 Beirat Lademann & Partner
 Markus Lewe,
 Oberbürgermeister Münster,
 Präsident Deutscher Städtetag
 Lutz Lienenkämper, MdL,
 Finanzminister NRW
 Katrin Lompscher,
 Senatorin für Stadtentwicklung
 und Wohnen Berlin

Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup,
 Geschäftsführungsvorsitzender Flughafen
 Berlin Brandenburg GmbH
Dr. Frank Mentrup,
 Oberbürgermeister Karlsruhe
Dr. h.c. Ingrid Mössinger,
 ehem. Generaldirektorin
 Kunstsammlungen Chemnitz
Klaus-Peter Müller,
 ehem. Aufsichtsratsvorsitzender
 Commerzbank AG
Aygül Özkan,
 Geschäftsführerin PCC Services GmbH
 der Deutschen Bank
Marcel Philipp,
 Oberbürgermeister Aachen
Matthias Platzeck,
 Ministerpräsident a.D. Brandenburg
Henriette Reker,
 Oberbürgermeisterin Köln
Jürgen Roters,
 Oberbürgermeister a.D. Köln
Veronika Rücker,
 Vorstandsvorsitzende
 Deutscher Olympischer Sportbund
Olaf Schabirosky,
 CEO Hermes Germany
Dr. Thomas Schäfer, MdL,
 Finanzminister Hessen
Josef Schmid,
 Zweiter Bürgermeister München
Bärbel Schomberg,
 CEO und Gesellschafterin Schomberg & Co.
 Real Estate Consulting
Edwin Schwarz,
 Dezernent für Planen, Bauen, Wohnen und
 Grundbesitz a.D. Frankfurt/Main
Prof. Dr. Burkhard Schwenker,
 Chairman des Advisory Councils von
 Roland Berger
Ullrich Sierau,
 Oberbürgermeister Dortmund
Nurhan Soykan,
 stellv. Vorsitzende Zentralrat
 der Muslime in Deutschland
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
 MdB, Stv. FDP-Bundesvorsitzende
Markus Ulbig, MdL,
 Innenminister a.D. Sachsen
Dr. Michael Vesper,
 ehem. Vorstandsvorsitzender
 Deutscher Olympischer Sportbund
Prof. Jörn Walter,
 Oberbaudirektor a.D. Hamburg
Prof. Götz W. Werner,
 Gründer und Aufsichtsratsmitglied
 dm-drogerie markt
Dr. Joachim Wieland,
 CEO Aurelis Real Estate
Prof. Dr. Roland Wöllner,
 Innenminister Sachsen

Kuratorium

Vorsitzender:
 Alexander Otto,
 Geschäftsführungsvorsitzender ECE
Stellvertretender Vorsitzender:
 Wolfgang Tiefensee,
 Minister für Wirtschaft, Wissenschaft
 und Digitale Gesellschaft Thüringen,
 Bundesminister a.D.
Weitere Mitglieder:
 Torsten Albig,
 Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein
 Prof. Dr. Willi Alda,
 Universität Stuttgart
 Jan Bettink,
 Verwaltungsratsvorsitzender FMS
 Wertmanagement
 Alfons Hörmann,
 Präsident Deutscher Olympischer Sportbund
 Hildegard Müller,
 Vorstand Netz & Infrastruktur innogy SE
Dr. Dieter Salomon,
 Oberbürgermeister a.D. Freiburg i.B.

Vorstand

Vorsitzender:
 Dr. Andreas Mattner,
 Präsident ZIA Deutschland
Weitere Mitglieder:
 Michael Batz,
 Theatermacher und Szenograf
 Friederike Beyer,
 Geschäftsführerin Beyer PR Event
 Dr. h.c. Peter Harry Carstensen,
 Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein
 Robert Heinemann,
 Managing Director ECE
 Wolfgang Kopitzsch,
 Bezirksamtsleiter Hamburg-Nord a.D.,
 Polizeipräsident a.D.
 Dr. Eva Lohse,
 Oberbürgermeisterin a.D. Ludwigshafen,
 Präsidentin Deutscher Städtetag a.D.
 Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma,
 Oberbürgermeister a.D. Köln

Impressum

Journal „Lebendige Stadt“
 Nr. 37 / Dezember 2018
Herausgeber:
 Stiftung „Lebendige Stadt“
 Saseler Damm 39
 22395 Hamburg
Redaktion:
 Ralf von der Heide
 (Chefredakteur, verantw.),
 Andrea Peus (Stellv. Chefredakteurin)
Autoren dieser Ausgabe:
 Rando Aust
 (Vorstandsbevollmächtigter
 Stiftung „Lebendige Stadt“),
 Joachim Göres (Journalist),
 Dr. Thomas Jung
 (Oberbürgermeister Fürth),
 Simone Lange
 (Oberbürgermeisterin Flensburg),
 Dr. Andreas Mattner
 (Vorstandsvorsitzender
 Stiftung „Lebendige Stadt“)
Sitz der Redaktion:
 Saseler Damm 39
 22395 Hamburg
 Tel: 040/60876173
 Fax: 040/60876187
 Internet: www.lebendige-stadt.de
 E-Mail: redaktion@lebendige-stadt.de
Art Direction und Layout:
 Heike Roth
Druck:
 Westdeutsche Verlags- und
 Druckerei GmbH
 Kurhessenstraße 4-6
 64546 Mörfelden-Walldorf
Auflage:
 18.000 Exemplare
 Das Journal „Lebendige Stadt“
 erscheint zweimal im Jahr.
Datenschutz:
 Informationen zum Datenschutz
 erhalten Sie unter
www.lebendige-stadt.de/datenschutz.
 Falls Sie das Journal „Lebendige Stadt“
 zukünftig nicht mehr erhalten wollen,
 können Sie Ihren Widerruf an
datschutz@lebendige-stadt.de
 oder postalisch an
 Stiftung „Lebendige Stadt“,
 Saseler Damm 39,
 22395 Hamburg richten.



Inhalt



6
Das neue Normal:
 Ideen und Konzepte für die kli-
 mafreundliche Stadt – darum
 drehte sich alles auf dem 18.
 internationalen Kongress der
 Stiftung „Lebendige Stadt“ in
 der Biosphäre in Potsdam.



28
Forum rund ums Wohnen:
 Der nächste Stiftungskongress
 findet am 18. September 2019
 in der Vonovia-Zentrale in
 Bochum statt und befasst sich
 mit dem Thema Wohnen.



16
Robert Habeck:
 Der Grünen-Chef warnt
 im Interview mit dem Journal
 vor einer weiteren
 Zuspitzung der Klimakrise und
 fordert mehr Frischluft-
 schneisen und Grün-
 flächen in den Städten.



30
Jung kauft Alt:
 Hiddenhausen in Ostwestfalen
 lockt mit einem beispiel-
 haften Förderprogramm junge
 Familien in den Ort.



19
Einfach drüber hinweg:
 Wenn konventionelle
 Mobilitätskonzepte nicht mehr
 funktionieren, braucht es neue
 Lösungsansätze – zum Beispiel
 Fahrrad-Highways auf Stelzen.



31
Liebevoll gebacken:
 Die Münchner Backstube
 „Kuchentratsch“ will einen
 Beitrag gegen Altersarmut
 und Vereinsamung leisten.



20
Digitalste Städte:
 Für ihre vorbildlichen
 Digitalisierungs-Strategien sind
 Dortmund und Wien
 mit dem Stiftungspreis 2018
 ausgezeichnet worden.



34
Stadt im Garten:
 In Singapur geben sich interna-
 tionale Stararchitekten ein
 Stellchlein und zeigen, wie viel
 Klimaschutz beim Bauen in
 tropischen Regionen möglich ist.



24
Digitaler Sportverein:
 Die TSG Bergedorf in Hamburg
 ist auf den Weg zu einem
 digitalen Vorzeigesportverein.
 Ein Praxishandbuch zeigt,
 wie es geht.



38
Sicherheit:
 Fürth ist seit 14 Jahren in
 Folge die sicherste Großstadt
 in Bayern. Wie das geht,
 erklärt Oberbürgermeister
 Dr. Thomas Jung.



26
Sport bewegt Vielfalt:
 Unterstützt von der Stiftung
 „Lebendige Stadt“ und dem
 Deutschen Olympischen
 Sportbund haben Rathenow
 und Stuttgart Sport zu einem
 festen Bestandteil der
 Stadtentwicklung gemacht.

3 Editorial
 4 Stiftungsgremien
 4 Impressum
 14 + 36 Stadtnachrichten
 32 Flensburg



VON RALF VON DER HEIDE

Das neue Normal

Ideen und Konzepte für die klimafreundliche Stadt – darüber diskutierten in der „Biosphäre“ in Potsdam rund 400 Entscheider aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft, darunter rund 80 Bürgermeister. Eingeladen zu dem Klima-Kongress hatte die von Unternehmer und Mäzen Alexander Otto gegründete Stiftung „Lebendige Stadt“.

Potsdams Bürgermeister Burkhard Exner.



Alexander Otto (l.), Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, und Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.

Dr. Robert Habeck, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.



Welche Handlungsstrategien gibt es für Stadtquartiere? Wie funktioniert intelligentes Verkehrsmanagement? Wie machen Städte ihren ÖPNV zukunftsfähig? Und wie geht Abfallvermeidung im Sinne von Cradle to Cradle? Mit diesen zentralen Fragen eröffnete Dr. Andreas Mattner als Vorstandsvorsitzender der Stiftung den 18. Internationalen Kongress der „Lebendigen Stadt“ in Potsdam.

„Klimaschutz ist eine internationale und gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, die aber vor Ort in den Städten, Gemeinden und Landkreisen umgesetzt werden müsse. Das sagte Potsdams Bürgermeister Burkhard Exner in seinem Grußwort. Potsdam habe 2016 den „Masterplan 100% Klimaschutz“ auf den Weg gebracht. Im Rahmen dieses Programms werde beispielsweise der ÖPNV im Sinne einer umweltgerechten Mobilität weiter ausgebaut – unter anderem mit neuen Straßenbahntrassen. Außerdem sei ein neuer CO₂-neutraler Stadtteil für 10.000 Menschen geplant. Angesichts des nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandels habe die Stadt allerdings auch ein Klimaanpassungskonzept erarbeitet. Damit wolle man Potsdam auf heiße Sommer, mehr Regen im Winter oder auf Stürme vorbereiten.

„CO₂ wird einen Preis bekommen“

„Sie werden damit rechnen müssen, dass Wetterextreme auch Ihre Kommune treffen“, warnte Dr. Robert Habeck, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Wenn Sommer wie der letzte in 20 bis 30 Jahren möglicherweise „das neue Normal“ würden, „dann sollten wir besser jetzt

anfangen, unsere Städte, jedenfalls die Neubaugebiete, die Verkehrskonzepte, die Infrastrukturen so auszulagern und zu planen, dass wir darauf vorbereitet sind“, forderte der Grünen-Chef in seinem Impulsreferat. So seien etwa neue Stadtquartiere so zu planen, dass die Durchlüftung erleichtert werde. Um der Hitze entgegenzuwirken, seien außerdem begrünte Dächer und Außenwände wichtig. Aber auch die Kanalisation müsse ausgebaut werden. Gleichzeitig gehe es darum, Energie einzusparen. Hier seien Verkehr und Wärme die großen Herausforderungen, sagte Habeck. Der Grünenpolitiker sprach sich für autofreie Innenstädte aus, für E-Mobilität und Wärmenetze nach skandinavischem Vorbild. Außerdem, so Habeck, werde CO₂ einen Preis bekommen. Anders seien die Klimaschutzziele nicht zu erreichen. (Interview mit Robert Habeck, Seite 16)

Rückenwind für den Klimaschutz

„Sie als Kommune spielen eine Schlüsselrolle im Klimaschutz“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Städte und Kommunen seien zugleich wichtige Multiplikatoren für Bürger und Unternehmen. Auf der kommunalen Ebene entstehe häufig das politische Engagement der Bürger, eine Lust am Mitgestalten. „Diese Leidenschaft und diesen Einsatz brauchen wir ebenfalls als Rückenwind für den Klimaschutz“, so Schwarzelühr-Sutter.

„ÖPNV zum Nulltarif ist Schnapsidee“

„Der Maßstab ist der Mensch“ – mit diesem Zitat des dänischen Architekten, Stadt- und Verkehrsplaners Jan Gehl begann Jürgen Fenske, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen, seinen Vortrag zum Thema „Wie machen Städte den ÖPNV zukunftsfähig?“. In Kopenhagen sei Gehls Prinzip über Jahrzehnte wie aus dem Lehrbuch entwickelt worden. Und nicht ohne Grund belegten Wien, Kopenhagen und Zürich im Mercer-Ranking der lebenswertesten Städte seit Jahren die vorderen Plätze. „Die haben ihr Mobilitätsproblem gelöst“, sagte Fenske. Im Gegensatz dazu erlebten hierzulande viele Fahrgäste eine Betriebsqualität, „die nicht immer wirklich gut“ sei. Fenske warnte vor der „Schnapsidee“ eines ÖPNV zum Nulltarif. Der ÖPNV sei nicht kostenlos zu haben. Vielmehr müsse jetzt in den Ausbau investiert werden. Vorbild Wien: In der österreichischen Hauptstadt habe der kontinuierliche Ausbau des U-Bahn-Netzes zu neuen Fahrgastrekorden geführt. Viele Wiener seien vom Auto in die Bahnen umgestiegen. Fenskens Fazit: „Wir brauchen nach wie vor den klassischen Ausbau der Straßenbahnen, Busse und Netze – sonst werden wir das Mobilitätsthema nicht lösen.“

„Die Digitalisierung ist schon da“

Wie intelligentes Verkehrsmanagement funktionieren kann – darüber sprach der Beigeordnete des Deutschen Städtetages, Hilmar von Lojewski, mit Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper und Alexandra Hils, Head of Innovation bei



Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Cisco Germany. „Die Vernetzung und das Aufbrechen von Silos“ – diesen Beitrag leistete Cisco für ein intelligentes Verkehrsmanagement, sagte Alexandra Hils. Die Digitalisierung sei keine Zukunftsvision mehr: „Digitalisierung ist heute schon da“, so Hils. Ein Problem sei allerdings die Konnektivität, die noch nicht überall sichergestellt sei – nicht nur in ländlichen Gebieten, sondern oftmals auch in der Stadt, unter anderem etwa bei Großveranstaltungen.

Oberbürgermeister Trümper erinnerte an die langen Planungsprozesse in

Deutschland, die einen langen Atem erforderten. In Magdeburg habe man 1999 beschlossen, eine zweite Straßenbahnlinie zu bauen. Diese sei „noch lange nicht fertig“. Dennoch mache der Prozess auch Spaß, so Trümper, weil damit die Basis für die Zukunft geschaffen werde. Außerdem teste man gerade gemeinsam mit der Universität ein „autonomes Fahrrad“, das per Handy an einen Standort geholt werden könne. Dabei seien noch viele Fragen zu klären. Trümper: „Wie reagiert der Fußgänger, wenn auf einmal ein Fahrrad ankommt, ohne Fahrer obendrauf?“



Gesprächsrunde „Intelligentes Verkehrsmanagement“: (v.l.) Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Hilmar von Lojewski, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, und Alexandra Hils, Head of Innovation bei Cisco Germany.



Podiumsdiskussion „Cradle to Cradle – Abfallvermeidung“: (v.l.) Prof. Harald Kächele, Präsident der Deutschen Umwelthilfe, Dr. Monika Griefahn, Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland und „Cradle to Cradle“-Vorsitzende, sowie Herwart Wilms, Geschäftsführer des Entsorgungsunternehmens Remondis und Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE).



Jürgen Fenske, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen.

Gebäude als Rohstoffquelle

Die anschließende Podiumsdiskussion stand unter dem Titel: „An die Wurzel des Problems gehen – Cradle to Cradle – Abfallvermeidung – Energiebeachtung beginnt nicht erst mit fertigen Gebäuden“. Es diskutierten die Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland und „Cradle to Cradle“-Vorsitzende, Dr. Monika Griefahn, der Präsident der Deutschen Umwelthilfe, Prof. Harald Kächele, sowie Herwart Wilms, Geschäftsführer des Entsorgungsunternehmens Remondis und Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE).

In ihrem Eingangsstatement beklagte Monika Griefahn, dass Produkte und Häuser heute nicht so hergestellt würden, dass sie recycelt werden und die Materialien als Rohstoffbank dienen könnten. „Cradle to Cradle“, so Griefahn, sei dagegen als gesellschaftliches Gesamtkonzept eine Design-Idee, die Abfall gar nicht kenne, sondern jeden Stoff als Nährstoff betrachte. Auch Herwart Wilms unterstrich die Bedeutung des Produkt-

Designs. Alle Produkte müssten wieder gut zu trennen sein: „Was der Mensch verbindet, das soll er auch trennen können“, nannte Wilms das Credo der Remondis-Gruppe. Es sei klug, Gebäude heute so zu bauen, dass man sie morgen wieder als Rohstoffquelle nutzen könne. Wenn uns Klimaschutz wichtig sei, dann müsse die Politik auch den Mut haben, CO₂ einen Preis zu geben, forderte Wilms.

„Wir haben neun Millionen Gebäude in Deutschland, die energetisch einen Standard haben, der über 40 Jahre alt ist“, umriss Harald Kächele das Problem. Mit Blick auf die Klimaziele bedeute das: „Wir müssen massiv nachlegen und Prozesse neu denken.“ Ohne die Kommunen als Beispielgeber und Organisator werde dabei gar nichts gehen. „Wir brauchen kluge Prozesse und Ordnungsrecht“, forderte Kächele.

Was können wir lernen von ...?

Ein wichtiges Anliegen der Stiftung „Lebendige Stadt“ ist es, auf ihren Kongressen Best-Practice-Beispiele vorzustellen, von denen andere Städte lernen können. Auf der Potsdamer

Konferenz präsentierte EUREF-Vorstand Reinhard Müller den neuen EUREF-Campus Zollverein in Essen. EUREF steht für Europäisches Energieforum. Vorbild für das Essener Projekt sei der bereits bestehende EUREF-Campus in Berlin. Dort ist es laut Müller schon 2014 gelungen, das CO₂-Klimaschutzziel der Bundesregierung für das Jahr 2050 zu erreichen. Die Energiewende sei nur gemeinsam zu bewältigen – mit etablierten Unternehmen genauso wie mit Start-ups. Nach Müllers Plänen soll der EUREF-Campus Zollverein keine Kopie des Berliner Vorbilds sein, sondern eine Weiterentwicklung. Neben einem Gasometer, in dem Start-ups angesiedelt würden, solle auf Zollverein ein Kühlturm zum größten Algenreaktor der Welt entwickelt werden. Insgesamt sollen auf dem Essener Campus 2.100 Arbeitsplätze entstehen. Und wie zuvor schon in Berlin werde auch in Essen alles ohne Subventionen funktionieren, kündigte Müller an.

Effizienzpotenziale im Quartier heben

Was können wir von deutschen Klimaquartieren lernen? Darum ging es

in der anschließenden Gesprächsrunde mit Frankfurts ehemaligem Bürgermeister Olaf Cunitz, KfW-Direktorin Dr. Katrin Leonhardt und Rainer Schlichtmann, Bürgermeister der Samtgemeinde Harsefeld. Moderator der Runde war Stephan Kohler, früherer Chef der Deutschen Energie-Agentur (dena) und jetziger Geschäftsführer und Gesellschafter der EnergyEfficiencyInvest-Eurasia GmbH.

Die Wohngebäudesanierung ist nach Einschätzung von Olaf Cunitz für den Klimaschutz „ein Riesenthema“. Von den 18 Millionen Wohngebäuden in Deutschland, die 35 Prozent des Energieverbrauchs ausmachen, seien mehr als neun Millionen sanierungsbedürftig. Ein großes Problem sieht Cunitz in der Umsetzung: Viele Kommunen würden zwar Quartierskonzepte erstellen, dann aber nicht ins Sanierungsmanagement und in die Umsetzung gehen.

In der niedersächsischen Samtgemeinde Harsefeld mit insgesamt 22.000 Einwohnern gibt es zwei Energiequartiere. Bei der ersten Bürger-Informationsveranstaltung sei die Skepsis groß und die Atmosphäre sehr frostig gewesen, berichtete Bürgermeister Schlichtmann. Im Laufe



EUREF-Vorstand Reinhard Müller.

Fotos: Anno-Lena Ehlers



Diskussion „Was können wir von deutschen Klimaquartieren lernen?“: (v.l.) Frankfurts ehemaliger Bürgermeister Olaf Cunitz, KfW-Direktorin Dr. Katrin Leonhardt, Rainer Schlichtmann, Bürgermeister der Samtgemeinde Harsefeld, und Stephan Kohler, Geschäftsführer und Gesellschafter der EnergyEfficiencyInvest Eurasia GmbH.



Oberbürgermeister-Runde: (v.l.) Flensburgs OB Simone Lange, Dortmunds OB Ullrich Sierau, Pforzheims OB Peter Boch und Freiburgs ehemaliger OB Dr. Dieter Salomon.

der Zeit habe sich das jedoch geändert. Schlichtmann: „Wenn's beim Nachbarn mit einer Maßnahme klappt, dann gehen auch andere offensiver an das Thema heran.“ Inzwischen habe man 72 Vertragsabschlüsse im ersten Energiequartier.

Als Vorzeigebispiel für die erfolgreiche Umsetzung eines Quartierskonzeptes nannte KfW-Direktorin Leonhardt die Gartenstadt Potsdam-Drewitz: Dieses Quartier sei mit dem Ziel saniert worden, bis 2050 CO₂-neutral zu sein. Neben der Gebäudesanierung sei die Effizienz der Wärmeversorgung verbessert worden, und man habe auf erneuerbare Energien umgestellt. Gleichzeitig seien Anreize für ein CO₂-armes Mobilitätsverhalten der Bewohner geschaffen worden. Und: Bei allem habe man darauf geachtet, die energetische Sanierung sozialverträglich umzusetzen, so Leonhardt. „Im Quartier sind Effizienzpotenziale zu heben, die bei der Einzelbetrachtung von Gebäuden nicht zu erreichen sind“, zog Kohler ein positives Fazit. Wichtig für den Erfolg seien aber nicht nur die Analyse und Konzepterstellung, sondern vor allem das Sanierungsmanagement und die Umsetzung.

Klimaschutz als kommunale Pflicht

Den Abschluss der Potsdamer Klimakonferenz bildete die Oberbürgermeister-Runde. Moderiert von Freiburgs ehemaligem OB Dr. Dieter Salomon diskutierten die OBs Peter Boch (Pforzheim), Simone Lange (Flensburg) und Ullrich Sierau (Dortmund). Klimaschutz als freiwillige Aufgabe der Kommunen – diese Regelung kritisierte Flensburgs Oberbürgermeisterin Lange. Klimaschutz müsse vielmehr eine Pflichtaufgabe mit entsprechender, bundesweit hinterlegter Finanzierung sein. Bei der städtischen Mobilität in Flensburg kann sich Lange neben Bussen und Fahrrädern in Zukunft auch emissionsfreie Segways als Transportmittel vorstellen. Dafür fehlten im Augenblick allerdings noch die rechtlichen Vorgaben. Bei der Wärmeversorgung ist Flensburg führend: „Wir haben 98 Prozent Fernwärmeabdeckung aller Haushalte in Flensburg und können so über die Kessel der Stadtwerke unsere Energiepolitik machen“, sagte Lange.

Pforzheim will zum Ausbau seines ÖPNV-Netzes die Straßenbahn wie-

der einführen. Noch seien diese Pläne ganz am Anfang, die öffentliche Diskussion beginne erst, sagte Oberbürgermeister Boch. Es sei wichtig, diesen Schritt jetzt zu wagen, um in zehn bis zwanzig Jahren von dieser Weichenstellung zu profitieren. Bei der Energie setzt die baden-württembergische Stadt auf Wasserkraftwerke und Photovoltaik. Zukünftige Wohngebiete sollen ans Fernwärmenetz oder an Nahwärmenetze angeschlossen werden.

Dortmund sei hinter Hamburg in der Kategorie mit über 500.000 Einwohnern die zweitgrünste Stadt Deutschlands, sagte Oberbürgermeister Sierau. Daher habe man noch ausreichend Flächen für den Bau neuer Wohnungen und versuche so, die Pendlerverkehre aus dem Umland zu reduzieren. Bei der Mobilität will der OB neben Bussen und Bahnen in Zukunft auch vermehrt auf E-Bikes setzen. Diesel-Fahrverbote wie etwa in Hamburg erteile Sierau indes eine klare Absage. Bei der Energieversorgung werde dezentralisiert: Es gehe in Erdwärme, Wasser, Sonne und Wind. „Es wird einen Energiemix geben müssen“, sagte Sierau. Beim Klimaschutz, so Dortmunds Oberbürgermeister, sollte jede Stadt ihren eigenen Weg gehen, der sich individuell an den örtlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten orientiere.

Kongress 2019 in Bochum

Der nächste Kongress der Stiftung „Lebendige Stadt“ wird am 18. September 2019 in Bochum tagen. Das gab der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung, Alexander Otto, auf der Potsdamer Klima-Konferenz bekannt. Auf der Städtetagung in der Bochumer Vonovia-Zentrale werde sich im kommenden Jahr alles um das Thema Wohnen drehen, kündigte Otto weiter an. Am Vorabend der Konferenz, am 17. September 2019, verleihe die „Lebendige Stadt“ im Vonovia Ruhrstadion in Bochum den Stiftungspreis 2019. Das Thema des Stiftungspreis-Wettbewerbs 2019 wird Anfang des Jahres verkündet. (Vorbericht, Seite 28)

Weitere Informationen, Bilder und Film-Mitschnitte vom Potsdamer Stiftungskongress „Die klimafreundliche Stadt“ gibt es im Internet unter www.lebendige-stadt.de.



Mit der Lichtinszenierung „Light it up!“ feierte Köln im August die zehnte Auflage der Computer- und Videospielemesse „gamescom“.



Das „MO Modern Art Museum“ ist die neue Attraktion im Zentrum der litauischen Hauptstadt Vilnius.



Stadtnachrichten



Start der Lichtinszenierung „Light it up!“ in Köln: (v.l.) Felix Falk (Geschäftsführer game), Henriette Reker (Oberbürgermeisterin Köln), Michael Batz (Lichtkünstler), Gerald Böse (Vorsitzender der Geschäftsführung Koelnmesse) und Armin Laschet (Ministerpräsident NRW).

Michael Batz illuminiert das Kölner Rheinufer

Der Hamburger Lichtkünstler Michael Batz, der auch Mitglied im Vorstand der Stiftung „Lebendige Stadt“ ist, hat anlässlich des zehnten Jubiläums der Computer- und Videospielemesse „gamescom“ das Kölner Rheinufer illuminiert. Das Lichtkunstprojekt „Light it up!“ sorgte mit 7.000 Leuchtstoffröhren für mystische Lichteffekte. Zu den Bauwerken, die zwischen dem 21. und 26. August in Szene gesetzt wurden, zählten unter anderem der alte Messturm, das Messehochhaus, das RTL-Gebäude, die Bastei, der Colonius, die Deutzer Brücke, die Hohenzollernbrücke sowie die Zoobrücke.

Eppstein & Winterberg: Bahnhöfe des Jahres

Alljährlich prämiert das Verkehrsbündnis „Allianz pro Schiene“ die aus Kundensicht besten Bahnhöfe des Landes. Die Preisträger 2018 sind der

sanierte Bahnhof Eppstein in Hessen sowie der neu gebaute Bahnhof in Winterberg in Nordrhein-Westfalen. Beide Stationen wurden von der Jury als „Bürgerbahnhöfe“ gelobt. Neben Tickets und Reisebedarf bieten sie auch ein städtisches Bürgeramt, auf dem etwa Personalausweise und Geburtsurkunden erhältlich sind. Aber auch die Bauten selbst überzeugten mit ihrem Ortsbezug. So hat das Bahnhofsdach im sauerländischen Wintersportort Winterberg die Form einer Skischanze. Und in Eppstein fügt sich der Bahnhof mit seiner Fachwerk- und Sandsteinfassade nahtlos in die mittelalterlich anmutende Stadtansicht der Taunusgemeinde.

Augsburg: Kostenlos mit Bussen und Bahnen

Bundesweit einzigartiges Projekt: Der Nahverkehr in Augsburg soll ab Ende 2019 kostenlos sein – zumindest in einer „City Zone“, die insgesamt acht

Haltestellen umfasst. Das haben die Stadtwerke angekündigt. Ziel sei es, mit der Aktion unter anderem den Parksuchverkehr einzudämmen und dadurch die Luft in der Innenstadt sauberer zu halten. Denn auch Augsburg hat ein Problem mit Stickoxiden: An zehn von etwa 300 untersuchten Straßenabschnitten war im vergangenen Jahr zu viel von dem Reizgas in der Luft.

Weltpremiere in Potsdam: Tram ohne Fahrer

In Potsdam hat Siemens die erste selbstfahrende Straßenbahn der Welt erfolgreich getestet. Die Tram des Typs „Combino“ war auf einem sechs Kilometer langen Teilstück des Potsdamer Straßenbahn-Netzes im realen Straßenverkehr unterwegs. Für einen reibungslosen Ablauf sorgte dabei jede Menge künstliche Intelligenz: So achtete die autonome Tram auf Straßenbahnlichtsignale, stoppte an den Haltestellen, reagierte eigenständig

auf Gefahren wie kreuzende Fußgänger und Fahrzeuge. Zur Absicherung saß bei den Testfahrten noch ein ausgebildeter Straßenbahnfahrer auf dem Fahrerplatz. Gesteuert wurde die Bahn aber durch das Computersystem. Bis die ersten Straßenbahnen komplett autonom durch deutsche Städte fahren, wird es aber vermutlich noch einige Jahre dauern. Auf Basis der Testergebnisse will Siemens das System in Zusammenarbeit mit Forschern des Karlsruher Instituts für Technologie weiterentwickeln.

Neues Kunstmuseum in Vilnius

Mit einem neuen Kunstmuseum will Vilnius zu einer Stätte Moderner Kunst werden. Im Zentrum der litauischen Hauptstadt eröffnete das MO Modern Art Museum. Gezeigt werden rund 5.000 litauische Kunstwerke von den 1950er Jahren bis heute. Die Sammlung umfasst Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen, Druckwerke, Fo-

tografien und Videos. Entworfen wurde das Gebäude mit markantem Eingangsbereich und Dachterrasse von Stararchitekt Daniel Libeskind. Neben Ausstellungsflächen gibt es ein Auditorium, Lehrräume sowie einen Buchladen und ein Café.

Bundesverdienstkreuz für Monika Griefahn

Für ihr leidenschaftliches Engagement für Umweltschutz, Kultur und Gesellschaft ist die Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland und ehemalige niedersächsische Umweltministerin Dr. Monika Griefahn mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Man könne nicht alle Verdienste Griefahns auflisten, sondern nur Schlaglichter setzen, sagte Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies anlässlich der Verleihung. Unter anderem ist Griefahn seit 1986 bei der Right Livelihood Foundation („Alter-

nativer Nobelpreis“) Mitglied der Jury und nach vielen Jahren im Vorstand seit 2010 Co-Vorsitzende. Sie ist Mitglied der Deutschen Unesco-Kommission, Fachausschuss Kultur. Für ihr Engagement für die deutsch-franzö-

sische Jugendarbeit erhielt Griefahn bereits 2002 die französische Auszeichnung „Ritter der französischen Ehrenlegion“. Griefahn ist außerdem Mitglied im Stiftungsrat der „Lebendige Stadt“.



Dr. Monika Griefahn bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes mit Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (links) und Rainer Rempe, Landrat des Kreises Harburg.

Fotos: Frank Ossebrink / Koelnmesse / Norber Tukaj



„Wetterextreme werden zunehmen“

„Meine politische Generation wird daran gemessen werden, ob wir die Erderwärmung in den Griff bekommen.“ Grünen-Chef Dr. Robert Habeck warnt im Interview mit dem Journal „Lebendige Stadt“ vor einer weiteren Zuspitzung der Klimakrise und fordert mehr Frischluftschneisen und Grünflächen in den Städten sowie ein Ende des fossilen Verbrennungsmotors.

Zur Person

Dr. Robert Habeck ist seit dem 27. Januar 2018 neben Annalena Baerbock Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. 1969 in Lübeck geboren, studierte Habeck Philosophie, promovierte und war gemeinsam mit seiner Frau als Schriftsteller erfolgreich. Dann zog es ihn in die Politik. Von 2004 bis 2009 war Habeck Landesvorsitzender der Grünen in Schleswig-Holstein, von 2009 bis 2012 Vorsitzender der Landtagsfraktion und danach von 2012 bis 2018 Energiewende-Minister und stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.



Fotos: Anna-Lena Ehlers

In der „Biosphäre“ in Potsdam: Dr. Robert Habeck mit Journal-Chefredakteur Ralf von der Heide (l.).

„Lebendige Stadt“: Herr Habeck, als neuer Bundesvorsitzender der Grünen waren Sie auf Sommertour durch Deutschland. In welcher Verfassung befindet sich unser Land?

Dr. Robert Habeck: Es gibt eine große Bewegung in der Gesellschaft, die nicht taten- und sprachlos zusehen will, wie die liberale Demokratie angegriffen wird. Annalena (Baerbock, neben Habeck Bundesvorsitzende der Grünen, d. Red.) und ich haben überall Leute getroffen, die für den Erhalt unserer toleranten, offenen und friedlichen Gesellschaft kämpfen und sich jeden Tag aufs Neue für sie einsetzen. Unsere Veranstaltungen waren voll. Die Menschen suchen Wege, sich aktiv einzumischen.

Der zurückliegende Sommer war sehr heiß. Werden wir uns in Zukunft auf solche Wetterextreme einstellen müssen?

Die Klimakrise ist inzwischen auch bei uns angekommen. Wenn wir nichts unternehmen, werden sich Hitze-Sommer wie dieser wiederholen. Die Zahl der Wetterextreme wird zunehmen und vor allem werden die Extreme immer stärker ausfallen. Meine politische Generation wird daran gemessen werden, ob wir die Erderwärmung in den Griff bekommen. Wir brauchen den gesetzlichen Kohleausstieg, einen Ausbau der erneuerbaren Energien, umweltschonende und dezentrale Erzeugungsanlagen, Stromspeicher und leistungsfähige Netze.

Wie müssen sich die Städte auf die Klimaveränderungen einstellen?

Schon heute liegen die Temperaturen in einigen Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise zehn Grad über denen des Umlandes. Wir brauchen einen Städ-

te- und Wohnungsbau, der die Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt.

Wie muss sich der Städtebau verändern?

Statt Betonwüsten braucht es mehr Bäume, Wasser- und Grünflächen und Frischluftschneisen. Die wirken nämlich wie natürliche Klimaanlage. Die Große Koalition verschläft das Thema Städtebau seit Jahren. Dabei hätte gerade in der letzten Zeit so viel passieren können und müssen. Mit finanziellen Mitteln muss die Politik Projekte für mehr Stadt- und Fassadenbegrünung, Schattenflächen und Häuserdämmung fördern. Das ist gut für die Gesundheit der Menschen, die Luft und das Klima.

Warum kommt die Elektromobilität in Deutschland nicht voran?

In Sachen Zukunft der Mobilität ist in den vergangenen Jahren von Seiten der Bundesregierung schlichtweg nichts passiert. Sie muss nun dringend einen Ordnungs- und Investitionsrahmen für das Auslaufen des fossilen Verbrennungsmotors abstecken. Darauf drängen wir, denn bezahlbare Mobilität, ambitionierter Klima- und Umweltschutz und eine innovative, wettbewerbsfähige Industrie sind das Zieldreieck, in dem die Mobilität der Zukunft spielt.

Kopenhagen und Oslo wollen ihre Innenstädte in den nächsten Jahren in autofreie Zonen verwandeln. Warum tun sich deutsche Städte damit so schwer?

Die Innenstadt von Kopenhagen ist ja schon autofrei. Nicht nur die Fußgänger und Fahrradfahrer, sondern auch die Geschäfte profitieren davon. Der Einzelhandel freut sich über mehr Laufkundschaft und die Innenstadt ist

für die Menschen sicherer und lebenswerter geworden. In Berlin und anderen deutschen Großstädten hingegen, drohen Fahrverbote, weil dort die Schadstoffbelastung so hoch ist, dass sie der Gesundheit der Menschen schadet. In Deutschland ist die Auto-lobby um einiges stärker als in Dänemark, Norwegen oder den Niederlanden. Aber gerade deshalb ist es Aufgabe der Politik, Rahmen zu setzen und die Verkehrswende einzuleiten.

Sind Fahrverbotszonen, etwa für bestimmte Dieselfahrzeuge wie in Hamburg, aus Ihrer Sicht sinnvoll?

Ziel sind nicht Fahrverbote, sondern saubere Luft. Herr Dobrindt und Herr Scheuer haben sich über drei Jahre lang geweigert, sich mit der Automobilindustrie anzulegen. Und jetzt legen Gerichte Fahrverbotszonen fest und Herr Scheuer denkt noch darüber nach, den geprellten Diesel-Fahrern 20 Prozent der Nachrüstungs-Kosten aufzuhalsen. Die Verbraucher wurden zu 100 Prozent getäuscht und sollen jetzt nur zu 80 Prozent entschädigt werden. Das geht nicht. Wir fordern Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Hersteller. Und wenn wir die Luft in den Städten langfristig verbessern wollen, brauchen wir eine Verkehrswende. Wir müssen den Städten und Kommunen rechtliche Instrumente an die Hand geben, um ihre Umweltzonen zu verstärken, so dass die Grenzwerte eingehalten werden können.

Was können Städte tun, um Plastikmüll zu vermeiden?

Als erstes können sie Cafés, Geschäfte, Firmen und Initiativen fördern, die sich gegen den Gebrauch von Einwegplastik entscheiden. In Kiel beispielsweise, haben Einzelhändler und die Stadt zusammen die Initiative „Plastiktütenfreies Kiel“ gestartet, mit dem langfristigen Ziel, Plastiktü-

ten komplett zu vermeiden. Aber auch große Städte wie London machen es gerade vor. Die Stadt hat gerade eine große Kampagne auf den Weg gebracht, die alle Bewohner anspricht, London in eine einwegplastikfreie Stadt zu verwandeln.

Kann die Digitalisierung einen Beitrag zur klimafreundlichen Stadt leisten?

Klar kann sie das. Es gibt schon unzählige kleine Projekte, die zeigen wie es geht. Zum Beispiel wurden in Dortmund kürzlich 5.000 innerstädtische Parkplätze mit Sensoren ausgestattet, um den unnötigen Suchverkehr zu vermeiden.

Sind die Grünen die neue Partei des städtischen Bürgertums? Wenn ja: Woran liegt das?

Wir Grünen machen ein Angebot für die breite Gesellschaft. Wir rücken die zentralen Themen unserer Zeit in den Fokus, weil wir von der gesamten Gesellschaft aus denken und handeln. Das reicht vom Zusammenhalt in Europa, über eine geordnete und humane Flüchtlingspolitik bis hin zu Flächenverbrauch, innerer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, dem Erhalt von Landschaft, Natur und öffentlichen Strukturen in Dörfern und Städten. Es gibt einen gesellschaftlichen Bedarf, die großen Fragen zu lösen. Wir können die Politik ändern

VON ANDREA PEUS

Einfach drüber hinweg

Was ist, wenn in den Städten so gar nichts mehr geht? Wenn konventionelle Mobilitätskonzepte und der öffentliche Nahverkehr an ihre Grenzen stoßen und selbst für Fahrräder kaum noch Platz bleibt? Ganz einfach: Dann braucht es andere, unkonventionelle Lösungen.

Als der britische Star-Architekt Norman Foster vor vier Jahren vorschlug, über den Dächern von London einen 220 Kilometer langen Fahrradweg zu bauen, sorgte er mit der Vision seiner „SkyCycle“-Trasse für ordentlich Diskussionspotential. „Geniale Idee“, freuten sich die einen, „kompletter Schwachsinn“, wetteten die anderen. Seine Fahrrad-Autobahn hat Foster bis heute nicht umgesetzt, doch vom Tisch ist die Idee deswegen noch lange nicht.

Der Anteil der Pendler, die in London täglich mit dem Zweirad zur Arbeit fahren, steigt ständig an. Denn wo sich der Verkehr inzwischen mit weniger als 13 Kilometern pro Stunde durch die Straßen schiebt, kommen Radler einfach schneller voran. Laut der Verkehrsbehörde Transport for London (TfL) nahm die Zahl der mit dem Rad zurückgelegten Strecken zwischen 2005 und 2016 um 75 Prozent zu. Das ist erfreulich. Doch auch der restliche Verkehr nimmt zu. Schon heute wird so manchem Lon-

doner angst und bange, wenn er an das tägliche Verkehrschaos denkt. Bis 2022 könnten Schätzungen zufolge über zehn Millionen Menschen in der Stadt leben. Wie sollen all diese Menschen zur Arbeit kommen?

Um London fit für die Zukunft zu machen, braucht es ein neues Verkehrskonzept. Man ist dabei. Doch von einer Fahrradstadt ist man noch weit entfernt. Während im britischen Königreich noch über die Kosten und Lösungen diskutiert wird, haben die Metropolen andernorts Fosters „SkyCycle“-Konzept längst aufgegriffen und weiterentwickelt. Um die Menschen schneller und komfortabler ans Ziel zu bringen, setzt Shanghai beispielsweise auf die auch in Asien immer beliebter werdenden Elektro-Zweiräder. In Kooperation mit der Tongji Universität und dem Technology Office der BMW Group hat man dort jetzt die „BMW Vision E3 Way“ entwickelt.

Hinter der kompliziert klingenden

E3-Vision stecken vor allem drei Ideen. Sie stehen für „elevated“, „electric“ und „efficient“. Soll heißen, die Hochstraßen („elevated“) sind ausschließlich für E-Bikes und Elektromotorräder vorgesehen („electric“). Die einfachen, modularen und deshalb kostengünstig zu bauenden Hochstraßen schaffen eine schnelle und direkte Verbindung zwischen wichtigen Verkehrsknotenpunkten. Damit sind sie eine effiziente („efficient“) Alternative für Berufspendler auf einer Strecke von bis zu 15 Kilometern.

Wer kein eigenes, für den Skyway zugelassenes Fortbewegungsmittel besitzt, kann sich an der Trasse ein Fahrzeug leihen. Und das lohnt sich. Denn die Hochtrasse ist über Rampen und Schleusensysteme an das normale Straßennetz sowie an U-Bahnstationen und andere Verkehrsknotenpunkte angebunden. Das macht das tägliche Pendeln nicht nur schneller, sondern auch sicherer. Automatisierte Verkehrsüberwachungs-

systeme, künstliche Intelligenz und die Integration in Smart City Ecosysteme sollen den Verkehrsfluss zu dem permanent optimieren.

Großer Vorteil der überdachten Trassen: Wind und Regen spielen keine Rolle, ebenso wenig wie tropische Hitze. Das Dach ließe sich zudem mit Solarzellen ausstatten. Außerdem könnte man Regenwasser sammeln, mit dem sich die Stecke tagsüber in heißen Städten wie Shanghai kühlen ließe.

In China könnte diese Vision schon bald Realität werden, vermutet Markus Seidel, der das BMW Group Technology Office in China leitet. „Im Jahr 2050 werden mehr als eine Milliarde Menschen in Städten leben. Da wird das Land schon bald zum globalen Inkubator vieler Mobilitätsinnovationen“, sagt er. Sollte dem tatsächlich so sein, dürften andere Megametropolen dieser Welt ihren Blick schon bald mit großem Interesse auf die Straßen in China richten.



Der spektakuläre Fahrrad-Highway „SkyCycle“ in London ist bislang nicht mehr als eine Vision.

Visualisierung: Foster + Partners



Stiftungspreis-Verleihung: (vordere Reihe, v.l.) Prof. Dr. Eckart Würzner (Oberbürgermeister Heidelberg), Stefan Fey (Stabsstelle E-Government- und Verwaltungsmodernisierung Coburg), Norbert Tessmer (Oberbürgermeister Coburg), Ullrich Sierau (Oberbürgermeister Dortmund), Dr. Andreas Mattner (Vorstandsvorsitzender Stiftung „Lebendige Stadt“); (hintere Reihe, stehend, v.l.) Nicole Huber (Stadtdirektorin Heidelberg), Alexander Otto (Kuratoriumsvorsitzender Stiftung „Lebendige Stadt“), Denes Küciük (stv. Leiter CIO Dortmund), Dr. Jan Fritz Rettberg (Leiter CIO Dortmund), Michaela Bonan (Geschäftsführung Allianz Smart City Dortmund), Kaspar Kraemer (Juryvorsitzender) und Thomas Schuhböck (Stadt Wien).

Stiftungspreis 2018: Dortmund und Wien sind „digitalste Städte“

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ hat Dortmund und Wien als „digitalste Städte“ ausgezeichnet. Anerkennungen gingen an Coburg und Heidelberg. Insgesamt hatten sich 29 Städte und Kommunen aus vier europäischen Ländern beworben.

Preiswürdig waren Städte mit einer langfristig ausgerichteten Digitalisierungsstrategie, die bereits Projekte im Rahmen dieser Strategie realisiert haben. Gesucht wurden Projekte, die Vorbild- und Nachahmungscharakter für andere Städte und Kommunen haben. Die Siegerstädte Dortmund und Wien teilen sich das Preisgeld von 15.000 Euro.

„Die Digitalisierung ist eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen“, sagte Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“. Leider werde sie noch nicht so angenommen, wie es nötig sei. „Unsere Ausschreibung hat aber gezeigt, dass sich viele Städte und Kommunen auf den Weg gemacht haben und neben einer Digitalisierungsstrategie bereits konkrete Projekte vorweisen können. Von unseren Preisträgern können andere Städte lernen. Ich halte es für ganz wichtig, dass sich Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft noch enger zusammenschließen und gemeinsam die Chancen der Digitalisierung nutzen“, so Otto weiter.



Schauplatz der Stiftungspreis-Verleihung: das Orangerieschloss im Park Sanssouci in Potsdam.

Verliehen wurde der Stiftungspreis am 19. September 2018 vor rund 350 Gästen im Potsdamer Orangerieschloss. Zu den Rednern und Laudatoren zählten u.a. Torsten Albig (Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein), Dr. Hanspeter Georgi (Wirtschaftsminister a.D. Saarland), Kaspar Kraemer (Architekt und Juryvorsitzender), Dr. Eva Lohse (Oberbürgermeisterin a.D. Ludwigshafen) und Kathrin Schneider (Ministerin für In-

fraktionierung) für In-



Juryvorsitzender Kaspar Kraemer.



Kathrin Schneider, Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung in Brandenburg.



Dr. Hanspeter Georgi, ehemaliger Wirtschaftsminister des Saarlandes.



Von links: Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs, Azadeh Montazer, Invest Projektentwicklung, und Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender Stiftung „Lebendige Stadt“.



Torsten Albig, ehemaliger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.



Dr. Eva Lohse, ehemalige Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen.



Rund 350 Gäste verfolgten die Preisverleihung im Orangerieschloss.



Musikalischer Rahmen: das Sonic.art Saxophonquartett.



Die Stiftungspreisjury tagte in Köln: (vordere Reihe, v.l.) Anika Kinder („Lebendige Stadt“), Michael Dreier (Bürgermeister Paderborn), Dr. Heike Kaster-Meurer (Oberbürgermeisterin Bad Kreuznach), Michaela Bonan (Leiterin Allianz Smart City Dortmund), Wolfgang Kopitzsch (Vorstand „Lebendige Stadt“), Raul Schmidt-Lamontain (Bürgermeister Dresden), Nele Pralat („Lebendige Stadt“), Rando Aust (Vorstandsbevollmächtigter „Lebendige Stadt“); (hintere Reihe, v.l.) Alexander Handschuh (Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund), Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma (Vorstand „Lebendige Stadt“), Prof. Dr. Claus C. Wiegandt (Geographisches Institut Universität Bonn), Reinhard Müller (Vorstand EUREF AG), Dr. Bernd Libbe (Deutsches Institut für Urbanistik), Kaspar Kraemer (Architekt und Juryvorsitzender), Jan Hendrik Goldbeck (Geschäftsführer Goldbeck), Christian Schulz-Wulkow (Geschäftsführer Ernst & Young Real Estate) und Mirko Bass (Business Development Manager Cisco Systems).

frastruktur und Landesplanung in Brandenburg).

Sieger: Dortmund

Die Stadt Dortmund verfolgt mit ihrer Digitalisierungsstrategie das übergeordnete Ziel, mit intelligenter und digitaler Technologie den Stadtbau und die Modernisierung ihrer kommunalen Infrastruktur zu intensivieren. Das Dortmunder Modell ist geprägt von Beteiligung und Zusammenarbeit. So werden die Bürger stetig in den digitalen Transformationsprozess eingebunden, um dafür Akzeptanz zu gewinnen. Zudem wurde 2016 die „Allianz Smart City Dortmund“ als Netzwerk von Stadt, IHK und rund 130 Unternehmen gegründet. Auf diese Weise wurden zahlreiche digitale Pilotprojekte initiiert. Dazu zählt die Ausstattung von 5.000 innerstädtischen Parkplätzen mit Sensoren, um unnötige Suchverkehre zu vermeiden („Park & Joy“). Gleichzeitig ist das die Datengrundlage für eine Navigations-App. Zudem wird privater Parkraum mit einer Sensorik und Ladeinfrastruktur ausgestattet und auf einer Online-Plattform verfügbar gemacht („Parken und Laden in der Stadt“). Refinanziert wird das Projekt durch die Vermarktung über eine Sharing-Plattform. Knapper Parkraum wird so effizient genutzt und durch die Digitalisierung von Infrastruktur entstehen private Investiti-

onsanreize. Und auch im sozialen Bereich setzt die Stadt auf Digitalisierung: So ermöglichen sensorengestützte Lösungen älteren und pflegebedürftigen Menschen einen möglichst selbstständigen Verbleib in ihrem Zuhause („Smart Service Power“) und digitale Technik fördert das nachbarschaftliche Miteinander (Plattform „nebenan.de“). Digitalisierung wird als Querschnittsaufgabe der Verwaltung verstanden, und nahezu alle Bereiche sind in die Erarbeitung und Umsetzung der Digitalisierungsstrategie eingebunden.

Sieger: Wien

Die Stadt Wien verfolgt mit der „Digitalen Agenda Wien“ eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie. Sie ist das Ergebnis eines offenen Planungsprozesses, an dem die Bürger umfassend beteiligt waren. Allein in der ersten Phase gingen 172 Ideen mit über 600 Kommentaren und über 5.000 Likes und Dislikes ein. Fünf Handlungsfelder wurden definiert: Informationssicherheit, E-Government-Services, Bildung und Forschung, Wirtschaftsstandort sowie digitale Infrastruktur. Für jedes Handlungsfeld wurden Leuchtturmprojekte festgelegt, die innerhalb der nächsten fünf Jahre realisiert werden sollen. So kann man mit der „Sag's Wien-App“ jederzeit von unterwegs Anliegen, Gefahren oder Störungen

per Smartphone an die Stadtverwaltung melden. An der Entwicklung waren Bürger der Stadt beteiligt. Die Live-App „Wien.at“ ermöglicht einen direkten Zugang zu digitalen Angeboten der Stadt. Zudem erhalten die Nutzer in Echtzeit Meldungen zum Zivilschutz, über Verkehrsstörungen oder das Wetter direkt auf ihr Smartphone. Und der „Wien Bot“ ist ein virtueller Beamter, der schnell gewünschte Informationen liefert. Er weiß auf hunderte von Fragen schnell Antwort – ob zu Bezirksämtern, Parks, Schwimmbädern oder Veranstaltungen. Gespeist wird der „Wien Bot“ mit den meist genutzten Inhalten des Portals „Wien.at“, wobei er ständig dazulernt.

Anerkennung: Coburg

Coburg zählt zu den ersten deutschen Städten, die einen Digitalisierungsbeauftragten eingesetzt haben. Die Digitalisierungsbeauftragte ist mit ihrem Team eine entscheidende Vermittlerin zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft. Besonders überzeugt hat die Jury die Digitalisierungsstrategie mit dem Namen „Coburger Weg“. Digitalisierungsprojekte werden gemeinsam mit den Bürgern auf Augenhöhe umgesetzt. Dazu zählen beispielsweise die „Coburger Börsen“ und das Mehrgenerationen-Projekt „Digitales Stadtgedächtnis“. Beide Projekte zei-

gen, wie bestehendes gesellschaftliches Engagement erfolgreich in die digitale Welt übertragen werden kann. Auch der Breitbandausbau wird in Coburg aktiv vorangetrieben. Ein herausstechendes Projekt ist zudem die „digitale Einkaufsstadt“. Gemeinsam mit lokalen Einzelhändlern hat die Stadt die Online-Plattform „Go Coburg“ entwickelt, die Synergien zwischen stationärem- und Online-Handel schafft.

Anerkennung: Heidelberg

Heidelberg zeichnet eine gut durchdachte Digitalisierungsstrategie aus, die praxisnah unter Beteiligung einer Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung erarbeitet wurde. Bürger waren zudem über eine Dialogreihe aktiv eingebunden. Wichtige digitale Projekte der Digitalisierungsstrategie sind bereits angeschoben worden: So verfügt Heidelberg über eines der größten öffentlichen WLAN-Netze Deutschlands und der Breitbandausbau wird von der Stadt aktiv vorangetrieben und mitfinanziert. Die „Heidelberg-App“ liefert den Usern schnell alle relevanten Informationen über die Stadt. Und über das Bürgerportal „Hol-Den-Bürgermeister“ haben Bürger die Möglichkeit, mit eigenen Projektideen persönlich ihren Oberbürgermeister zu treffen und von einer Realisierung zu überzeugen.



Jurysitzung im historischen Gewölbe unter dem Stadtpalais am Römerturm in Köln.

Fotos: Ulrik Eichentopf



Das Projektteam: (vordere Reihe, v.l.) Janne Müller-Wieland (Co-Founder Futury), Rando Aust (Vorstandsvorsitzender Alexander-Otto-Sportstiftung), Boris Schmidt (Vorstandsvorsitzender TSG Bergedorf), Henning Daut (Geschäftsführer Futury), Max Ebert (Teammitglied Futury); (hintere Reihe, v.l.) Jannis Röthemeier (Projekt-Manager Futury), Stefan Barmscheidt (Teammitglied Futury), Saskia Kelmes (Teammitglied Futury), Patrick Ronnebaum (Digitalisierungsmanager & Social Media TSG Bergedorf) und Timo Hager (Mitgliederverwaltung TSG Bergedorf).



Fotos: Futury GmbH / Heike Roth

Projektarbeit: (v.l.) Thorsten Wetter (stv. Vorsitzender TSG Bergedorf), Saskia Kelmes (Teammitglied Futury) und Patrick Ronnebaum (Digitalisierungsmanager & Social Media TSG Bergedorf).

Alexander-Otto-Sportstiftung

Unternehmer und Mäzen Alexander Otto hat seine Sportstiftung 2006 gegründet, die sich in Hamburg engagiert. Seitdem hat die Stiftung Projekte in einem Umfang von über 15 Mio. Euro gefördert, darunter insbesondere Projekte im Jugend- und Behindertensport. www.alexander-otto-sportstiftung.de

TSG Bergedorf v. 1860 e.V.

Die TSG Bergedorf im Osten Hamburgs zählt ca. 11.000 Mitglieder und versteht sich als Quartiersverein. Die TSG unterhält mehrere vereins-eigene Sportstätten und betreibt als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe mehrere Jugendzentren und Sport- und Bewegungskitas. www.tsg-bergedorf.de

Futury GmbH

Als Innovationsplattform und Company Builder bringt Futury das Innovationspotenzial talentierter Studierender und Gründer mit dem Innovationsbedarf etablierter Unternehmen zusammen, um wertebasierte Innovationen zu fördern. Futury ist ein Projekt der gemeinnützigen Werte-Stiftung. www.futury.eu

VON RANDO AUST

TSG Bergedorf wird digitaler Sportverein

Auch im organisierten Sport wird aktuell viel über die Chancen der Digitalisierung gesprochen. Aber wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen hakt es bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen. Oft fehlt es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern gerade auch an personellen Ressourcen und Know-how, um sich auf den Weg zum digitalen Sportverein zu machen. Die Alexander-Otto-Sportstiftung hat sich dieser Thematik angenommen und ein umfassendes Digitalisierungsprojekt initiiert.

Die Stiftung möchte anhand eines Best-Practice-Beispiels aufzeigen, wie Sportvereine eine individuelle Digitalisierungsstrategie entwickeln und konkrete Digitalisierungsmaßnahmen umsetzen. Ziel ist es dabei, die Chancen der Digitalisierung in puncto Mitgliederservice, Mitgliedergewinnung, Trainingsangebote, Kommunikation und Administration zu nutzen.

zu machen und Mitarbeiter und Mitglieder dabei mitzunehmen. Die Steuerung des Projekts hat die Sportstiftung der von Hockey-Nationalspielerin Janne Müller-Wieland gegründeten Innovationsplattform „Futury“ übertragen. Dazu hat Futury ein auf die Aufgabe bezogen maßgeschneidertes Expertenteam bestehend aus Hochschulabsolventen unterschiedlicher Fachdisziplinen und Hochschulen zusammengestellt.

„Um sich für den Weg der Digitalisierung zu entscheiden, braucht es die Bereitschaft zur Veränderung und etwas Mut, sich auf Neues einzulassen“, so Alexander Otto, Gründer und Kuratoriumsvorsitzender seiner Sportstiftung. „Die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei diesem Projekt

hat gezeigt, was möglich ist, wenn sich alle Beteiligten von den Chancen der Digitalisierung leiten lassen. Die TSG Bergedorf hat sich auf den Weg zu einem digitalen Vorzeigesportverein aufgemacht, der Maßstäbe setzen wird und von dem andere Vereine lernen können“, so Otto.

Ausgehend von einer umfassenden Analyse der Ist-Situation der TSG Bergedorf haben die drei Projektpartner in nur drei Monaten in zahlreichen Workshops eine ganzheitliche, zukunftsgerichtete Digitalisierungsstrategie für den Verein entwickelt, die auf seine kurz- und langfristigen Bedarfe ausgerichtet ist. Sie umfasst insgesamt 14 Maßnahmen, die die TSG nun sukzessive umsetzen wird. Zu den Maßnahmen zählen u.a. ein umfassendes Konzept für die ziel-

gruppengenaue Kommunikation über unterschiedliche Online-Kanäle, die Einrichtung eines Chatbots, die Entwicklung eines digitalen Mitgliederportals, die Einführung eines zentralen, digitalisierten Zugangs- und Schließsystems sowie ein Geschäftsmodell, welches Mitgliedern ein Digitales Personal Training bietet.

Boris Schmidt, Hauptgeschäftsführer der TSG Bergedorf freut sich über die Idee der Alexander-Otto-Sportstiftung, das Thema Digitalisierung in Form einer zielgerichteten Strategie für einen Sportverein aufzugreifen und damit eine Blaupause für andere Vereine zu entwickeln. „Um sich als Verein zukunftsfähig aufzustellen und sowohl seinen Mitgliedern ein modernes adäquates Sportangebot bieten zu können, als auch seinen

Mitarbeitern optimale Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist es unumgänglich, sich mit den Möglichkeiten der Digitalisierung zu beschäftigen“, sagt Schmidt.

Digitales Personal Training

In der nächsten Phase werden nun die ersten beiden strategischen Maßnahmen umgesetzt. Dabei handelt es sich zum einen um die Einführung eines digitalen Personal Trainings. Das ermöglicht Übungsleitern der TSG, online Trainingsdaten der Sportler zu verfolgen, sich mit den Sportlern dazu auszutauschen und sie zu coachen. Neben Vereinsmitgliedern kann dieser Online-Austausch auch mit Nicht-Vereinsmitgliedern erfolgen, wobei diese bei Interesse dem Verein als Mitglied beitreten können. Damit erschließt sich für den Verein die große Gruppe der Individualsportler. Zunächst liegt der Fokus auf der Einbindung bestehender Online-

Plattformen, wobei sich später auch die Entwicklung einer vereinseigenen App anbieten kann.

Digitales Mitgliederportal

Eine zweite Maßnahme besteht im Aufbau eines digitalen Mitgliederportals, das auf der Vereinshomepage integriert wird. Das Portal verfügt unter anderem über eine Buchungsfunktion für Kurse und Courts, ein Mitgliederverzeichnis, das von den Sportlern selbst gepflegt wird, wodurch sich der administrative Aufwand reduziert, einen Mitglieder-Chat, eine Verwaltungsfunktion von digitalen Trainingsplänen und einen persönlichen Mitgliederkalender, welcher die Trainings- und Eventtermine eines jeden Mitglieds übersichtlich darstellt.

Die Vereinsführung der TSG richtet den Digitalisierungskurs der TSG auf Nachhaltigkeit aus. „Wir gehen hoch

motiviert an die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen heran“, so Schmidt. „Wir haben schon kurz nach Projektabschluss beschlossen, bei der TSG einen Digitalisierungsmanager einzustellen.“

Praxishandbuch für Nachahmung

Damit auch andere Sportvereine von diesem Digitalisierungsprojekt profitieren, wurden alle Phasen anschaulich in einem Praxishandbuch dokumentiert und beschrieben. Es enthält viele praktische Tipps, wie Sportvereine vorgehen können, um selbst den Digitalisierungsprozess einzuleiten. Das Praxishandbuch ist auf der Homepage der Sportstiftung unter www.alexander-otto-sportstiftung.de abrufbar.



Sport bewegt Vielfalt

Im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Sport bewegt Vielfalt – Stadtentwicklung gemeinsam aktiv gestalten“ haben die Stiftung „Lebendige Stadt“ und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) beispielhafte Konzepte für eine vielfältige Sportkommune gesucht. Aus über 90 Bewerbungen wählte eine Fachjury Rathenow und Stuttgart als Pilotkommunen aus.

Jede der beiden Städte erhielt von der Stiftung 40.000 Euro für die Umsetzung der Ideen und vom DOSB fachliche Beratung. Die Deutsche Sporthochschule in Köln übernahm die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der Maßnahmen. Es sollten Angebote entwickelt werden, die Sport und Bewegung mit einer aktiven Stadtentwicklung verknüpfen. Gleichzeitig sollten aktive Begegnungsorte entstehen, die eine gelebte und bewegte Vielfalt in der Kommune fördern.

Im brandenburgischen Rathenow ist im Rahmen des Projekts auf einem früheren Reitplatz in unmittelbarer Nähe des Stadtkerns der „Rideplatz“ mit Verweilzonen und zahlreichen Angeboten für Trendsportarten entstanden. Als neue, betreute, zentral gelegene Sport- und Freizeitfläche der 24.000-Einwohner-Stadt soll der Rideplatz Anlaufstelle und Begegnungsstätte für alle Menschen sein. Durch seine große Angebotsvielfalt soll er viele unterschiedliche Nutzer ansprechen. Dazu werden projektbezogen bestehende Netzwerkpartner eingebunden. Federführend für das Konzept sind das Bauamt der Stadt Rathenow sowie der Kreissportbund Havelland.

„Rathenow zeigt mit der Umwandlung des Reitplatzes in einen Rideplatz, wie man auch in einer kleinen Kommune mit Sport viel bewegen kann“, sagte Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, anlässlich der Eröffnung des Rideplatzes im Juni. Beein-

druckend sei dabei, wie viele unterschiedliche Bürger Rathenows sich eingebracht und mit angepackt hätten. Schon der Planungs- und Gestaltungsprozess sei ein Vorzeigebispiel für Diversität. „Davon können viele andere Kommunen lernen, und genau das möchte meine Stiftung erreichen“, so Otto weiter.

Auch DOSB-Präsident Alfons Hörmann zeigte sich von dem Projekt begeistert: „Sport baut Brücken und bringt Menschen zusammen. Das ist hier in Rathenow und im Projekt generell vorbildlich gelungen. Wir freuen uns zu sehen, welche positiven Effekte eine gelingende Zusammenarbeit zwischen Kommune und dem gemeinnützigen Sport haben kann und hoffen, dass diese Art der Kooperation viele Nachahmer findet.“

Auch die zweite Pilotkommune Stuttgart kann auf eine stolze Bilanz blicken. Seit Beginn des Projekts haben das Amt für Sport und Bewegung (AfsB) und der Sportkreis Stuttgart zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Im Mittelpunkt standen Aktivitäten zur Förderung von Sport und Bewegung für unterschiedliche Zielgruppen. So erfuhren beispielsweise Erzieherinnen und Erzieher in Fortbildungen, wie sie ihren Schützlingen mehr Spaß an Bewegung vermitteln. Durch die Zusammenarbeit von Kitas und Sportvereinen lernten viele Kinder tanzen und nahmen an Kursen zur Wassergewöhnung teil.

Im Rahmen des Projekts wirkte der AfsB auch maßgeblich bei der Aus-

gestaltung des Bewegungsgartens „Marabu“ mit. Hier errichtete die Stadt Bewegungsgeräte für ältere Bürger. Durch die finanzielle Unterstützung konnte der Sportkreis Stuttgart mit dem sogenannten „Sportpool“ zudem ein neues Mitgliedermodell schaffen, in dem sich zunächst elf Vereine mit 74 Angeboten zusammengeschlossen haben. Auch einige kleinere Maßnahmen konnten im Rahmen des Projekts umgesetzt werden. So lud der Stuttgarter Sportkreis Frauen mit Migrationshintergrund ein, Fahrradfahren zu lernen. Außerdem gab es Schwimmkurse für Frauen. „Wir haben ein stabiles Netzwerk geschaffen, in dem die Sportverwaltung und der Sportkreis mit Schulen, Kitas, Universitäten, der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt und weiteren Institutionen zusammenarbeiten“, so Dominik Hermet vom Sportkreis Stuttgart. „Das Projekt ‚Sport bewegt Vielfalt‘ ermöglichte uns, Sport zum festen Bestandteil der Stadtentwicklung zu machen.“

Das Projekt „Sport bewegt Vielfalt“ hatte ein Gesamtvolumen von 200.000 Euro und endete in diesem Sommer nach zweijähriger Begleitung der beiden Pilotkommunen. Anfang 2019 soll ein Leitfaden erscheinen, so dass Kommunen in ganz Deutschland von den Erfahrungen profitieren können.



Fotos: Luve Hoffmann



Große Angebotsvielfalt: Der Rideplatz in Rathenow ist die neue Sport- und Freizeitfläche der 24.000-Einwohner-Stadt in Brandenburg.



Bochum

von Herbert Grönemeyer

Tief im Westen
Wo die Sonne verstaubt
Ist es besser
Viel besser, als man glaubt
Tief im Westen

Du bist keine Schönheit
Vor Arbeit ganz grau
Du liebst dich ohne Schminke
Bist 'ne ehrliche Haut
Leider total verbaut
Aber grade das macht dich aus

Du hast 'n Pulsschlag aus Stahl
Man hört ihn laut in der Nacht
Du bist einfach zu bescheiden
Dein Grubengold
Hat uns wieder hochgeholt
Du Blume im Revier

Bochum, ich komm aus dir
Bochum, ich häng an dir
Glück auf, Bochum

Du bist keine Weltstadt
Auf deiner Königsallee
Finden keine Modenschau statt
Hier, wo das Herz noch zählt
Nicht das große Geld
Wer wohnt schon in Düsseldorf

Bochum, ich komm aus dir
Bochum, ich häng an dir
Glück auf, Bochum

Du bist das Himmelbett für Tauben
Und ständig auf Koks
Hast im Schrebergarten deine Laube
Machst mit 'nem Doppelpass
Jeden Gegner nass
Du und dein VfL

Bochum, ich komm aus dir
Bochum, ich häng an dir
Glück auf, Bochum

Herbert Grönemeyer – hier bei einem Auftritt im August dieses Jahres – schenkte seiner Heimat 1984 mit dem Album „4630 Bochum“ und dem zugehörigen Titelsong ein Meisterwerk.

nord piano



Beliebter Treffpunkt in der Bochumer Innenstadt: das „Bermuda3Eck“.



Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.



Die Jahrhunderthalle ist das Zentrum des neuen Bochumer Westparks.

Stiftungskongress 2019: Ein Forum rund ums Wohnen

Die Vorbereitungen für den nächsten Kongress der Stiftung „Lebendige Stadt“ laufen bereits auf Hochtouren: Am 18. September 2019 dreht sich in der Vonovia-Zentrale in Bochum alles um das Thema Wohnen. Der Stiftungspreis wird am Vorabend der Konferenz im „Vonovia Ruhrstadion“ verliehen.

Die Wohnungsnot in Deutschland bekämpfen – dazu wurde am 21. September 2018 auf dem Wohngipfel der Bundesregierung gemeinsam mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften und Mieterbund ein Eckpunkte-Papier beschlossen. Das Ziel: Bis 2021 sollen 1,5 Millionen Wohnungen gebaut werden. Auf dem Bochumer Kongress wird es um die Frage gehen, ob ein Jahr nach dem Wohn- und Baulandgipfel der Turbo gezündet hat. Zu den

Diskussionen werden hochkarätige Fachreferenten aus Kommunen, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erwartet.

„Der kommunale Know-how-Austausch und die Präsentation von Best-Practice-Konzepten für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung sind die zentralen Anliegen unserer Konferenz“, sagt Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.

Am Vorabend der Konferenz, am 17. September 2019, verleiht die „Lebendige Stadt“ im „Vonovia Ruhrstadion“ in Bochum den mit 15.000 Euro dotierten Stiftungspreis. Das Thema des Stiftungspreis-Wettbewerbs 2019 wird Anfang des Jahres verkündet. Nähere Programm-Informationen zum Bochumer Kongress sowie die genauen Anmelde-modalitäten finden Sie in Kürze auf der Stiftungshomepage unter: www.lebendige-stadt.de.



Schauplatz der Stiftungspreis-Verleihung 2019: das „Vonovia Ruhrstadion“.



Schauplatz der Stiftungskonferenz 2019: die neue Vonovia-Zentrale.

Was macht eigentlich ...?

„Jung kauft Alt“ in Hiddenhausen

Sinkende Einwohnerzahlen und wachsende Leerstände – um dagegen etwas zu tun, erfand die Gemeinde Hiddenhausen in Ostwestfalen das Programm „Jung kauft Alt“ und gewann damit 2011 den Stiftungspreis der „Lebendigen Stadt“. Wie sieht es heute in Hiddenhausen aus? Hat sich das Programm bewährt?

In Hiddenhausen werden Käufer eines mindestens 25 Jahre alten Hauses seit 2007 finanziell gefördert. Die Bedingung: Sie müssen in das Haus auch einziehen. Über sechs Jahre gibt es dann einen Grundbetrag von jeweils 600 Euro, dazu für jedes Kind unter 18 Jahren jeweils 300 Euro, maximal pro Jahr 1.500 Euro. Zusätzlich wird die Erstellung eines Hausgutachtens einmalig mit 600 Euro plus 300 Euro pro Kind bezuschusst. Ein Modell, das vor allem junge Familien im Blick hat. Kinder sind aber keine Voraussetzung, ein Höchstalter gibt es nicht.

„Im ersten Jahr haben wir für das Programm 20.000 Euro bereitgestellt und diese Summe wurde nicht ausgeschöpft. Mit der wachsenden Bekanntheit unseres Modells wurde die Nachfrage größer und die Gemeinde Hiddenhausen hat den Betrag aufgestockt, zunächst auf 52.000 Euro, dann auf 82.000 und 110.000 Euro im Jahr. Seit 2014 stehen jährlich 270.000 Euro bereit. 2018 haben wir Mitte Oktober diese Summe bereits erreicht“, sagt Alexander Graf, Leiter des Amts für Gemeindeentwicklung. Wer Ende dieses Jahres einen Antrag stellt, kommt auf eine Warteliste und wird dann ab 2019 finanziell gefördert. Die Bedingungen wurden seit Beginn des Pro-

gramms nur geringfügig verändert: Wer eine alte Immobilie kaufen wollte, um sie abzureißen und dort neu zu bauen, bekam anfangs kein Geld – inzwischen wird auch diese Möglichkeit finanziell gefördert. „Davon wird aber nur selten Gebrauch gemacht“, sagt Graf.

Zudem hatte die Gemeinde anfangs überlegt, offensiv auf leerstehende Gebäude hinzuweisen. Davon hat sie die Finger gelassen. „Wir wollen nicht als Makler auftreten. Wir vermitteln keine Häuser, sondern kommen erst dazu, wenn sich Verkäufer und Käufer geeinigt haben“, erklärt Graf. Nach seinen Worten haben die meisten Nutzer des Programms ein Kind, im Schnitt liegt der jährlich ausbezahlte Betrag bei über 900 Euro. Bis heute wurden 534 Förderanträge genehmigt, wovon knapp 1.000 Erwachsene und rund 600 Kinder profitierten.

„Wir haben die Außenentwicklung gestoppt und weisen am Ortsrand von Hiddenhausen keine Neubaugebiete mehr aus. Die kurzfristigen Gewinne durch den Verkauf von Bauland und durch Einkommenssteuer und Grundsteuer werden sonst nach 20 bis 30 Jahren durch die Kosten und Folgekosten der nötigen Infrastruktur vernichtet“, sagt

Bürgermeister Ulrich Rolfsmeier. Sprich: Das verschuldete Hiddenhausen stellt in seinem Haushalt Geld für „Jung kauft Alt“ bereit, das es sonst für den Ausbau der Infrastruktur in Neubaugebieten hätte ausgeben müssen. Alle im Gemeinderat vertretenen Parteien unterstützen diese Ausgaben. Neubau ist weiterhin möglich, und zwar in Gebieten, die schon lange als Bauland ausgewiesen sind.

Zum Start des Programms gab es mehr Wegzüge als Zuzüge, das Minus lag 2007 bei 203 Personen. Seit 2010 hat sich das Verhältnis umgedreht. Darin sind die Sterbefälle allerdings nicht enthalten, angesichts des hohen Durchschnittsalters gibt es keinen Grund zur Entwarnung: 2007 standen 90 Häuser leer, im vergangenen Jahr lag die Zahl bei 156. „Wir erwarten auch künftig eine leichte Zunahme beim Leerstand, aber nicht so hoch wie ursprünglich prognostiziert“, sagt Graf. 2004 hatte der Regierungsbezirk Detmold für Hiddenhausen eine Abnahme der Bevölkerung von 21.000 auf 18.500 vorausgesagt. Derzeit leben dort mehr als 20.000 Menschen.

57 Prozent der finanziell geförderten Käufer sind aus dem Umland nach Hiddenhausen gezogen. „Die meisten

haben ihre alte Arbeitsstelle behalten und pendeln. Hiddenhausen ist eher Wohn- als Arbeitsort, vor allem nach Bielefeld und Herford fahren die Menschen von hier zur Arbeit“, sagt Wirtschaftsförderer Andreas Homburg. Er hat das Hiddenhauser Modell in vielen Kommunen in ganz Deutschland vorgestellt und bekommt dabei eine Frage immer wieder gestellt: Wie groß ist der Mitnahmeeffekt? „Wir wissen nicht, wer auch ohne unsere Förderung ein altes Haus gekauft hätte. Allerdings registrieren wir, dass sich zur Jahresmitte, wenn der Förderbetrag ausbezahlt wird, etwa die Hälfte der Antragsteller bei uns meldet und nachfragt, wann das Geld genau überwiesen wird. Bei ihnen ist zu vermuten, dass für sie der Betrag wichtig ist“, lautet seine Antwort.

In Hiddenhausen ist man sich klar darüber, dass außer dem finanziellen Zuschuss auch andere Faktoren eine wichtige Rolle für die Entscheidung spielen, ob junge Familien dort ein Haus kaufen. Jeder der sechs Ortsteile hat eine Grundschule, es gibt Lebensmittelläden und Ärzte. „Man weiß, in welche Umgebung man zieht – in einem Neubaugebiet kennt man seine künftige Nachbarschaft dagegen nicht“, betont Graf, der auch auf neue Radwege und bestehende Busverbindungen hinweist. Dabei räumt er ein: „Familien, die zu uns ziehen, haben ein Auto – mindestens eins.“ Eine Rolle spielt sicher auch die Verbundenheit mit der Region. „Wer hier ein Haus kauft, der will auch hier bleiben. Außerdem ist bei uns Wohnungseigentum die Regel“, sagt Graf.

Letztlich ist „Jung kauft Alt“ nicht nur in Hiddenhausen zum Erfolgsmodell geworden. Homburg spricht von mindestens 50 Kommunen, die sich Hiddenhausen zum Vorbild genommen haben. Dabei werden manche Bedingungen leicht abgewandelt. In Emden muss ein Haus mindestens 35 Jahre alt sein, damit der Kauf gefördert wird. Pro Jahr werden maximal zehn Ankäufe unterstützt. In Bergen am Südrand der Heide ist die Förderung auf fünf Jahre begrenzt. In Neumarkt-Sankt Veit hat man die Förderung auf ein bestimmtes Stadtgebiet beschränkt. Homburg: „Die meisten Nachahmer sind Gemeinden in der Größenordnung zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern. Für Großstädte passt das Programm nicht.“



Kuchenbacken als gemeinsame Leidenschaft und Aufgabe: Die Münchner Backstube „Kuchentratsch“ möchte auch einen Beitrag gegen Altersarmut und Vereinsamung leisten.

Foto: Kuchentratsch

VON ANDREA PEUS

Mit Omas Kuchen auf Erfolgskurs

Ein echter Oma-Kuchen kann glücklich machen. Keine Frage! Doch das Münchner Startup „Kuchentratsch“ will mehr. Angesichts des demografischen Wandels will die Backstube nämlich auch einen Beitrag gegen Altersarmut und Vereinsamung leisten.

Oma Josefine ist Expertin für Apfelkuchen, Oma Bärbel für Käsekuchen und Oma Magdalene für Streuselkuchen. Alle drei Kuchen gehören fest ins Sortiment von „Kuchentratsch“ und können direkt online oder auch telefonisch bestellt werden. „Wir haben 12 Standardrezepte“, sagt Katharina Mayer, die das Startup vor vier Jahren gründete. „Das sind die Kuchen, die am meisten gekauft werden und die wir alle drei bis vier Monate durch saisonales Gebäck ergänzen.“

Ihre Idee für „Kuchentratsch“ stellte Mayer Anfang Oktober auf der Startup-Messe Bits & Pretzels in München vor. Denn so wie sie selbst, haben viele der jungen Gründer nicht nur ihre eigene Karriere im Sinn, sondern wollen mit dem, was sie tun auch etwas bewegen. Mit „Kuchentratsch“ scheint der gebürtigen Münchnerin

genau das gelungen zu sein. „Anfänglich habe ich mich nur gefragt, warum ich den köstlichen Kuchen meiner Oma nirgendwo sonst bekomme“, erzählt die 28-Jährige. Noch während ihres Studiums zur Sozial- und Gesundheitsmanagerin fing sie daher an, die Kuchen ihrer eigenen Oma zu verkaufen. Dabei erkannte sie schnell, dass sich ihre Idee durchaus auch mit sozialem Engagement verbinden lässt. „Der demografische Wandel stellt die Städte vor viele Probleme, wie Vereinsamung oder auch Altersarmut“, sagt Mayer. Kuchenbacken als gemeinsame Leidenschaft und Aufgabe – das war die Lösung!

Heute engagieren sich 35 Senioren in der Backstube, unter ihnen auch drei „Liefer-Opas“. Täglich rühren und kneten fünf „Back-Omas“ je nach Auftragslage zwischen 50 und 60 Kuchen. Der Bestseller ist der Karot-

tenkuchen von Oma Irmgard. „Den habe ich inzwischen so häufig gebacken, dass ich das Rezept auswendig kann“, sagt die lebendige kleine Dame mit der kantigen modernen Brille und dem blauen Tuch im Haar. Vier Stunden pro Woche stehen sie und ihre Mitstreiterinnen in der Küche, auf Mindestlohnbasis.

Liebevoll verpackt beliefert das Startup nicht nur Privatpersonen in München und Umgebung, die Leckereien aus der Hinterhofbackstube werden auch deutschlandweit per Post versandt. Hinzu kommen 20 Münchner Cafés und Konditoreien sowie verschiedene Firmen, die zu den unterschiedlichsten Anlässen mit Kuchen versorgt werden. Selbst Hochzeitstorten hat „Kuchentratsch“ im Sortiment. Sie werden von Opa Peter und seiner Frau geliefert und aufgebaut. Jeder Kuchen ein kleines Kunstwerk, zu be-

wundern bei Instagram und Facebook. Es gibt einen eigenen Blog, aber auch zwei klassische Kochbücher mit gesammelten Rezepten der „Kuchentratsch“-Omas.

Jetzt soll das Startup aus München weiterwachsen und vielleicht sogar ins Ausland expandieren. Eine Backstube in Zürich und eine weitere in Wien, die Gründerin kann sich vieles vorstellen. 20 neue Omas und Opas sollen schon in den nächsten Monaten dazukommen. Mayer ist gut aufgestellt. Sieben Mitarbeiter hat ihr Team inzwischen. Sie sind jung, haben Erfahrungen als Berater, Website-Manager oder Modedesigner gesammelt, waren in der Finanzbranche und im Marketing tätig und haben sich in den letzten Jahren bewusst entschieden, etwas Sinnstiftendes zu tun. Denn schließlich macht nicht nur Omas Kuchen glücklich.

„Jung kauft Alt“: Mit einem Förderprogramm will Hiddenhausen dem demografischen Wandel trotzen.



Foto: picture alliance (Oliver Krato)

Flensburg – Klimastadt im Norden

Damit die Ziele der Klimakonferenz in Paris 2015 überhaupt erreichbar werden, kommt den Kommunen eine ganz besondere Bedeutung zu. Auf der kommunalen Ebene können gemeinsam mit den (Schlüssel-)Akteuren konkrete lokale Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und zügig umgesetzt werden. Die Notwendigkeit eines schnellen Handelns ist für alle offensichtlich – insbesondere dann, wenn eine Stadt wie Flensburg unmittelbar die Folgen des Meeresspiegelanstiegs zu spüren bekommen wird.

Die Dringlichkeit des Handelns wurde in Flensburg durch eine große Gruppe lokaler EntscheidungsträgerInnen auch und gerade auch aus der lokalen Wirtschaft erkannt. Bereits seit Dezember 2008 gibt es mit dem Klimapakt Flensburg e.V. – einem bundesweit einmaligen Zusammenschluss aus Unternehmen, Institutionen und öffentlichen Einrichtungen – eine Plattform für gemeinsames Klimaschutzbezogenes Handeln in Flensburg. Der Vorstand einer lokalen Wohnungsbaugenossenschaft, der damalige Oberbürgermeister und ein Professor der Flensburger Universität hatten aktiv auf die Gründung hingewirkt. Als Ziel formulierte der Klimapakt ein klimaneutrales Flensburg bis 2050.

Der Klimapakt steht auf folgenden drei Säulen: Eigene Maßnahmen im Einflussbereich der Mitglieder, Aktionen und Kampagnen zur Information/Motivation der Flensburger Bevölkerung zum Mitmachen, gemeinsame kooperative Projekte und ein intensiver Erfahrungsaustausch.

Nachdem die Gründungsmitglieder des Klimapakts mit gutem Beispiel vorangegangen waren, entstand eine eigene Dynamik bei der Entwicklung des Vereins und seiner Aktivitäten über die Jahre 2008 bis 2018. Inzwischen gehören dem Verein über 80 Mitglieder an. Diese sind verantwortlich für mehr als 70 Prozent Anteil der Treibhausgas-Emissionen und sie haben mittlerweile erfolgreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Beispielhaft zu nennen sind Carsharing, der Einsatz von Hybridbussen im ÖPNV, die Bildung des Netzwerks Energieeffizienz oder verschiedene Schulprojekte.

Für den Bereich öffentliche Liegenschaften, Krankenhäuser und Technisches Betriebszentrum ergeben sich aufgrund der optimalen Steuerungsmöglichkeiten besonders zielorientierte Handlungsmöglichkeiten für die Kommune. Sie reichen von weiterer energetischer Gebäudesanierung bis hin zu einem energieeffizienten Einsatz der Straßenbeleuchtung sowie der Optimierung des Klärwerks.

Mit dem Förderprogramm „Masterplan 100% Klimaschutz“ konnte das kommunale Klimaschutzmanagement institutionalisiert werden. Es wurde in die Lage versetzt, Projekte zur Umsetzung zu bringen wie etwa ein Vorhaben mit Klimaschutz-Modellhaushalten. Vor allem aber konnte durch das Klimaschutzmanagement die Vernetzung der Klimapakt-Mitglieder verstärkt und die Umsetzung kooperativer Maßnahmen vorangetrieben werden. Im Jahr 2017 kam es dann zur endgültigen Verstärkung des Klimaschutzmanagements auch aufgrund der hohen monetären Bedeutung für den kommunalen Haushalt über die entsprechende Fördermittelakquise.

Warum sollten wir in Flensburg die Welt retten? Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich ganz einfach: Weil wir zuallererst selbst auch davon profitieren: Die Kooperation im Klimapakt vor Ort schafft ein gewinnbringendes Verhalten im Angesicht von kommunalen Herausforderungen (z.B. zur Frage der zukünftigen Fernwärmeversorgung, im Bereich der Mobilitätswende etc.). Es kommt selbstverständlich zur Einsparung von Energiekosten. Beispielsweise wurden mit dem Projekt „Stromspar Check“ der städtischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft bereits über 1.300 beratene Haushalte entlastet. Unternehmen profitieren durch die Energiekosteneinsparung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die regionale Wertschöpfung nimmt zu. Darüber hinaus können Absolventinnen der Flensburger Hochschulen, die entsprechende nachhaltigkeitsbezogene Studiengänge anbieten, vor Ort gehalten werden. So kann dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

Die Aktivitäten im Klimaschutz passen zu den Zielen, die wir für die Stadt Flensburg formuliert haben: Dem Ziel, die Engagierte Stadt mit einer hohen EinwohnerInnenbeteiligung zu entwickeln, sind wir ein großes Stück näher gekommen. Selbstverständlich lassen sich die Fragen rund um die erfolgreiche Umsetzung des Klimaschutzes nur in

enger Kooperation zwischen der Stadt Flensburg und den Kommunen in ihrem Umland weiterentwickeln und ausbauen. Auch der Fortführung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, besonders mit unseren dänischen Partnerkommunen Sonderburg und Apenrade im sogenannten Grenzdreieck, nutzt die Diskussion.

Die Stadt Flensburg erhöht durch dieses Engagement für den Klimaschutz sowohl bundesweit als auch auf internationaler Ebene ihre Sichtbarkeit. Das wird besonders deutlich im EU-Projekt „Northern Connections“, an dem die Stadt Flensburg zusammen mit 34 Städten und Gemeinden aus dem Umland ein Reallabor für die Etablierung klimafreundlicher Technologien bildet. Zunehmend kommen auch internationale Delegationen zu Besuch nach Flensburg, und die internationale Arbeit der Flensburger Hochschulen wird ebenfalls unterstützt.

Die Diskussion um den Klimaschutz bringt uns auch in strittigen Themen nach vorne. Sie versetzt uns in die Lage, auch oft emotionalisierte Themen, wie die Frage nach der Mobilität der Zukunft, unter Berücksichtigung gerade lokaler Besonderheiten konstruktiv und vorausschauend zu bearbeiten. Die Anforderungen an den Klimaschutz in einer wachsenden Stadt lassen sich in diesem Rahmen ebenso thematisieren wie die Priorisierung kommunaler Investitionen unter Klimaschutzgesichtspunkten vor dem Hintergrund knapper Kassen.

Die Klimaschutzanstrengungen der Stadt Flensburg finden auch Anerkennung auf Bundesebene. Am 19. September 2018 wurde Flensburg vom Bundesumweltministerium in Berlin für sein vorbildliches Engagement im Klimaschutz ausgezeichnet. Eine Anerkennung für Flensburg als Klimastadt und alle Klimamanager, Klimapakt-Akteure und Aktive, die mit viel Einsatz, Mühe und Ideenreichtum seit vielen Jahren tagtäglich ihren Beitrag für den Klimaschutz leisten.



Flensburg würde die Folgen des Meeresspiegelanstiegs unmittelbar zu spüren bekommen.



Simone Lange ist seit Januar 2017 Oberbürgermeisterin von Flensburg.

Fotos: Johannes Arit (left) / Naja Kceder (picture alliance) / Sabine Lubenow (picture alliance)



Oben:
Eine Brücke verbindet die futuristischen „Super-trees“ miteinander

Ganz links:
Die „Super-Bäume“ aus Stahl und Beton sind die Attraktion der Parklandschaft „Gardens by the Bay“.

Links:
Die drei 55-stöckigen Türme des „Marina Bay Sands“ tragen den 340 Meter langen Dachgarten in rund 200 Meter Höhe.

Unten:
Planschen im höchsten und längsten Pool der Welt.

VON DR. ANDREAS MATTNER

Singapur – „Stadt im Garten“

Im Stadtstaat Singapur verewigen sich internationale Stararchitekten – mit Bauten, wie sie größer und grüner wohl nirgendwo sonst zu finden sind. So wächst auf der kleinen, tropisch heißen Insel zwischen Malaysia und Indonesien eine der dichtesten und modernsten Städte der Welt, die auch im Umweltschutz Maßstäbe setzt.



Künstlicher Regenwald mit fleischfressenden Pflanzen aus Legosteinen.

Das Planschen im „Infinity Pool“ des „Marina Bay Sands Hotels“ ist ein derart berauschendes Erlebnis, dass die meisten Gäste nur eines im Sinn haben: Sie wollen den Moment als Selfie festhalten. Dazu der unverstellte 360-Grad-Blick auf die Skyline von Singapur und das Meer, mit Hunderten von Schiffen, die nur darauf warten, im Hafen der Stadt andocken zu dürfen. Es ist der höchste und längste Pool der Welt, der sich, gesäumt von Palmen und exotischen Pflanzen, auf einem gigantischen Deck befindet. Dem sogenannten Skypark. Er hat die Größe eines Flugzeugträgers und verbindet in 400 Meter Höhe die drei schlanken Türme des Hotelensembles. Ein architektonisches Meisterwerk des Star-

architekten Mosche Safdie, das vor allem nachts – in Blitzgewitter und Licht gehüllt – wie ein gigantisches Raumschiff aus einem Science-Fiction-Film wirkt. Als Wahrzeichen Singapurs lässt dieser Vergnügungstempel der Superlative mit 600 Spielischen, über 2.500 Luxuszimmern, Hunderten von Boutiquen und Dutzenden von Restaurants und Bars keinerlei Zweifel über die Ambitionen des kleinen Inselstaates aufkommen.

Lange galt Singapur als wohlhabend, aber auch als langweilig

Dabei war Singapur bis vor kurzem als zwar wohlhabend, aber auch als lang-

weilig verschrien. Der Stadt fehlte ein eigenes Profil, wie Hongkong es hat oder gar Sydney. Doch das sollte sich schnell ändern. Die Regierung zögerte nicht lange. Geld und Bauwille waren vorhanden. Die Stararchitekten aus aller Welt kamen, unter ihnen Norman Foster, Daniel Libeskind, Zaha Hadid oder der Japaner Toyo Ito. Sie liebten riesige Wohnkomplexe wachen, bauten Shoppingcenter und Hotels – und halfen dem Tigerstaat, sich neu zu erfinden. Mit Bauten, die von Wohlstand, Geschmack, Fortschrittswillen und künstlerischer Freiheit künden. Und das in einer Stadt, die ihren Bewohnern sogar das Kaugummikauen und Auf-die-Straße-Spucken verbietet. Den Architekten setzte sie kaum Grenzen.



Fotos: Andreas Mattner

Doch der Mega-City mangelt es an Platz. Mit gut 700 Quadratmetern ist die Hauptinsel kleiner als Hamburg, und das, obwohl hier inzwischen gut 5,6 Millionen Menschen leben. Daher ringt man dem Meer durch die Aufschüttung von Sand und Müll immer wieder Land ab. Gewaltige Bauten wie das „Marina Bay Sands Hotel“ oder auch das 400 Quadratmeter große „Marina Bay“-Areal des Düsseldorfer Architekten Christoph Ingenhoven wurden im wahrsten Sinne des Wortes nur auf Sand gebaut. Bis 2030 will Singapur weitere 100 Quadratkilometer Fläche aufschütten. Und auch das benachbarte Malaysia lässt gerade vier künstliche Inseln für 700.000 Menschen bauen, die über direkte Verkehrsverbindungen mit

Singapur und Kuala Lumpur verbunden sind. Überall wird weitergebaut – in die Horizontale und Vertikale.

Gigantomanie und Phantasie – selbst in den Parkanlagen

In Singapur ist man erfinderisch, nicht nur in puncto Platz. Der Tropenstaat soll nach dem Willen der Regierung eine „Stadt im Garten“ werden. Ein ehrgeiziges Ziel angesichts der Temperaturen. Täglich herrschen über 30 Grad und mehr in der Stadt – und das das ganze Jahr über. Doch auch dieser Plan wird umgesetzt. Mit viel Phantasie und einer gewissen Gigantomanie. So eröffnete neben dem „Marina Bay

Sands Hotel“ eine Parklandschaft, die ihresgleichen sucht. Dort wachsen in zwei riesigen Gewächshäusern über 220.000 Pflanzen aus aller Welt. Es gibt einen künstlichen Wasserfall mit Aufzug, einen Wanderweg, feucht-kühle Berglandschaften und die sogenannten „Supertrees“. Die 25 bis 50 Meter hohen Konstruktionen aus Stahl und Beton sind Mammutbäumen nachempfunden und ragen wie Mega-Pilze von einem anderen Stern aus dem Großstadtdschungel hervor.

Inzwischen grünt es auf der Insel auch sonst schon kräftig. Und das hat seinen Grund. Denn die exotische Botanik in den parkartigen Innenhöfen sorgt für ein kühles Mikroklima und hält in Kombination mit

Sonnenblenden und Spezialglas die Hitze ab. Man will auch beim Umweltschutz federführend sein. Mit Projekten wie dem „Marina One“ von Christoph Ingenhoven will man der Welt zeigen, wie viel Klimaschutz beim Bauen in tropischen Regionen möglich ist. Mit den heillos überlasteten Straßen der Millionenmetropole geht die Regierung gerade das nächste Projekt an. Hunderte von Kilometern an Fahrradwegen sind bereits geplant, teilweise auf Stelzen, teilweise unter Dach. Auch hier will Singapur Maßstäbe setzen – als Paradies für Radfahrer.



Blick von der Strandbar Mitte auf die Berliner Museumsinsel mit dem Bode-Museum.



Die Dschumaja-Moschee in Plowdiw: Die zweitgrößte Stadt Bulgariens ist Europas Kulturhauptstadt 2019.

Stadtnachrichten

Berliner Museumsinsel digital erlebbar

Die Berliner Museumsinsel kann jetzt auch digital bei Google Arts & Culture besichtigt werden. Die kostenlose Website [g.co/museumislandberlin](https://www.google.com/culturalinstitute/museumislandberlin) bietet unter anderem virtuelle Rundgänge durch die fünf Museen sowie Virtual-Reality-Touren zu den Kuppelsälen der Häuser, zu „Babylon in Berlin“, dem Pergamonaltar und durch die Räume des Neuen Museums. Zudem können etwa 4.000 Objekte aus dem Alten Museum, dem Neuen Museum, der Alten Nationalgalerie, dem Pergamonmuseum und dem Bode-Museum in hochauflösenden Bildern sowie 21 Online-Ausstellungen besichtigt werden. Ergänzt wird die Präsentation durch 37 Kurz-

geschichten, die sich gezielt an ein junges Publikum richten.

Kulturhauptstädte 2025 aus Deutschland & Slowenien

Im Jahr 2025 wird es eine Kulturhauptstadt aus Deutschland und eine aus Slowenien geben. Interessierte Städte können sich bis Ende September 2019 bewerben. Ihr Interesse angemeldet haben bereits Chemnitz, Dresden, Gera, Hannover, Hildesheim, Magdeburg, Nürnberg und Zittau. Ende 2020 soll bekannt gegeben werden, welche deutsche Stadt den Titel bekommt. Das Verfahren ist zweistufig. Nach zehnmönatiger Bewerbungsfrist schlägt eine europäische Expertenjury eine Stadt vor. In Abstimmung mit Kulturstaa-

min Prof. Monika Grütters ernannt dann die Kultusministerkonferenz förmlich den Sieger. In Deutschland waren zuvor Westberlin (1988), Weimar (1999) und Essen (2010) Kulturhauptstädte. In diesem Jahr teilen sich Leeuwarden in den Niederlanden und die maltesische Hauptstadt Valletta den Titel. Europas Kulturhauptstädte 2019 sind Plowdiw in Bulgarien und Matera in Italien.

Städte wachsen bis 2030 weltweit um eine Milliarde

Die Bevölkerung in den Großstädten der Welt wird in den nächsten Jahren weiter deutlich wachsen. Bis zum Jahr 2030 werde sich die Bevölkerung in den Städten um rund eine Milliarde auf 5,2 Milliarden Menschen erhöhen,

teilte das Statistische Bundesamt mit. Es beruft sich dabei auf Daten der Vereinten Nationen (UN). 2030 werden demnach insgesamt 60 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Weltweit gibt es aktuell 548 Millionenstädte. Größte Stadt der Welt ist zurzeit der Ballungsraum Tokio mit 37 Millionen Menschen.

NRW-Verdienstorden für Fritz Schramma

Große Ehre für Kölns Alt-Oberbürgermeister Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, der auch Mitglied im Vorstand der Stiftung „Lebendige Stadt“ ist. Nordrhein-Westfalens Finanzminister Lutz Lienenkämper verlieh Schramma den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen. Lie-



NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper (l.) ehrt Fritz Schramma.

nenkämper würdigte Schramma als „herausragenden Botschafter“ Kölns. Der ehemalige Oberbürgermeister ist nach wie vor in vielen Vereinen ehrenamtlich aktiv und gründete mit seiner Frau Ulla unter anderem die Kölner Opferhilfe. Auch der Dialog zwischen den Kulturen und Religionen ist ihm ein besonderes Anliegen. Der Kölner „Rat der Religionen“ geht auf Schrammas Initiative zurück.

Zahl der Vereine auf dem Land geht zurück

Auf dem Land droht ein Vereinssterben. Zwischen 2006 und 2016 lösten sich in den ländlichen Regionen mehr als 15.500 Vereine auf – das war jeder neunte, wie der Stifterverband mitteilte. In Dörfern, Gemeinden und

Kleinstädten haben Vereine demnach zunehmend Schwierigkeiten, Engagierte zu gewinnen und zu binden. Nahezu jeder vierte Verein auf dem Land verzeichnet mittlerweile erhebliche Rückgänge bei der Zahl der Engagierten (22 Prozent). In den Städten fällt diese Zahl mit rund 14 Prozent weitaus geringer aus.

Newsletter informiert über Stiftungsthemen

Kongresse, Förderprojekte und Wettbewerbe – ein Online-Newsletter informiert über alles Wissenswerte rund um die Stiftung „Lebendige Stadt“. Interessierte können sich für den kostenfreien Service schnell und bequem im Internet auf der Stiftungs-Homepage unter www.lebendige-stadt.de anmelden.

Fürth – die sicherste Großstadt Bayerns



Dr. Thomas Jung ist seit 2002 Oberbürgermeister der Stadt Fürth.

Seit 14 Jahren ohne Unterbrechung ist Fürth in Bayern und Deutschland die Großstadt, in der es für die Einwohner das geringste Risiko gibt, Opfer einer Straftat zu werden. Die Zahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner lag in der Kleinstadt Fürth im Jahr 2017 bei 4.627 Fällen und damit noch einmal 3,4 Prozent niedriger als im Vorjahr. Schon in der Nachbarstadt Nürnberg ist die Häufigkeitszahl mit 8.394 fast doppelt so hoch.

Immer wieder werde ich als Oberbürgermeister gefragt, welche Ursachen es für diese Konstanz in der außergewöhnlich stabilen und hervorragenden Sicherheitslage gibt. Die wirtschaftliche Lage ist dabei nicht entscheidend. Fürth ist zwar im Augenblick wirtschaftlich gut aufgestellt mit einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote von 4,6 Prozent. Wir hatten aber in den Jahren 2009 bis 2011 auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise mit dem Zusammenbruch örtlicher Unternehmen zu überstehen. Dabei waren die Arbeitslosenzahlen durchgehend im zweistelligen Bereich. Trotzdem war die Sicherheitslage stabil und gut. Allein die wirtschaftliche Situation ist es also nicht, die diese außergewöhnliche Entwicklung erklärt. Aus meiner Sicht kommen viele verschiedene Sicherheitsfaktoren zusammen:

1. Ein gepflegtes und sauberes Straßensbild mit mehrfachen Reinigungen im Kernbereich an jedem Tag machen eine Stadt sympathisch und schützenswert auch für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger. Das erhöht die Identifikation und die Aufmerksamkeit, wenn störende und auch kriminelle Vorgänge entstehen oder überhaupt eine negative Entwicklung absehbar ist.

2. Einen weiteren wichtigen Faktor stellt die Tatsache dar, dass wir in Fürth viel Wert auf eine gute soziale Durchmischung legen. In unseren Stadtvierteln steigt die Integration statt einer Segregation, wie in vielen anderen Kommunen Europas. Dies zeigt sich eindrucksvoll in unseren früheren Problemvierteln, gekennzeichnet durch einen hohen Migrations- und Sozialbezugsanteil. Hier haben sich viele Stadtteile einander angeglichen und diese Ausgewogenheit der Lebensverhältnisse begünstigt Stabilität und Achtsamkeit vor Kriminalität.

3. Wir sind mit knapp 130.000 Einwohnern eine noch überschaubare Großstadt, die geprägt ist durch viele Familienunternehmen. Diese Familienunternehmen bieten Arbeit oft für Generationen, so dass vergleichsweise wenig Weg- und Herzog stattfindet. Die Stabilität der Bevöl-

kerung in den Ortsteilen wiederum macht sensibel für Auffälligkeiten oder Veränderungen. Wenn in einer Fürther Straße ungewohnte Autos auffällig oft und langsam durchfahren, fällt das auf und führt rasch zur Information der Polizei. Die kann dann wiederum handeln.

4. Wir hatten in all den 14 Jahren hervorragende Polizeichefs für die Polizeidirektion Fürth und hochmotivierte Polizeikräfte, mit Spezial Einsatzgebieten. Dabei setzt die Polizei im Jugendbereich stets auf Abschreckung und Prävention gleichermaßen.

5. Einen besonderen Einsatz von Kameras, außer im U-Bahn-Bereich, gibt es im Stadtgebiet Fürth nicht. Dies ist also kein relevanter Faktor. Aus meiner Sicht müssen viele Faktoren zusammenwirken, um einen höchstmöglichen Sicherheitsstandard zu gewährleisten: Eine gute soziale Kontrolle durch die eigene Bevölkerung, ein Höchstmaß an Sauberkeit im gesamten Stadt- und Straßensbild und eine gute Integration statt Segregation sind neben einer effektiven und wahrnehmbaren Polizeiarbeit aus meiner Sicht wichtige Erfolgsgrundlagen. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung mit Perspektiven für Jugendliche hilft, ist aber nicht allein ausreichend und nicht allein entscheidend.



Links: Fußgängerzone mit Blick auf den Fürther Rathausurm. Rechts: Die Gustavstraße in der Altstadt von Fürth.



Eines der ältesten und größten Volksfeste in Franken: die Michaelis-Kirchweih in Fürth.

Fotos: Andreas Hüb (links) / Wolfgang Maria Weber / picture alliance / Martin Siepmann (rechts)

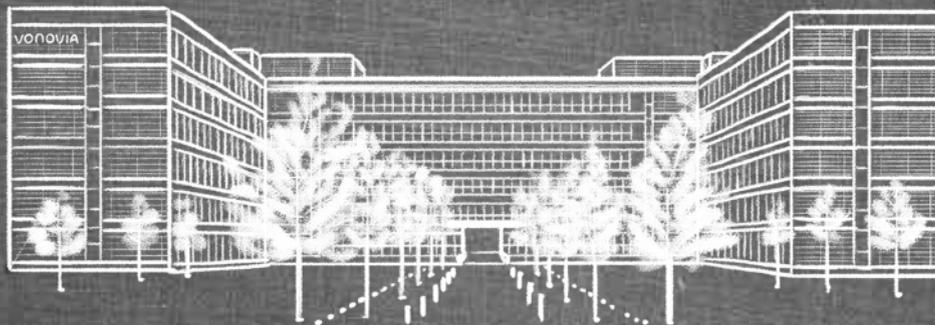


STIFTUNG

LEBENDIGE STADT

Save the Date
Kongress
2019 Bochum

PREISVERLEIHUNG:
17.9. Vonovia Ruhrstadion
KONGRESS:
18.9. Zentrale Vonovia



lebendige-stadt.de